

Pressespiegel

der CDU- Fraktion im Rat der Stadt Osnabrück

August 2009



Die Pressespiegel der CDU-Fraktion finden Sie auch auf unserer Internetseite unter www.cdu-ratsfraktion-osnabrueck.de

Herausgeber:

CDU- Fraktion im Rat der Stadt Osnabrück / Rathaus

Bierstr. 28, 49074 Osnabrück / Tel.: 0541/ 323-2021 / Fax: 0541/27217 /

kabatzki.j@osnabrueck.de

Gesamtschule

D. Brühlwedek 2.16.
21/07. 11/12

K ä t h e - K o l l w i t z - S c h u l e O s n a b r ü c k

H a u p t - u n d R e a l s c h u l e - G a n z t a g s s c h u l e

Hanns-Braun-Str. 2 49082 Osnabrück Telefon: 05 41 - 5 75 27 Telefax: 0541 - 5 75 64
Homepage: www.KKS-Osnabrueck.de eMail: Kaethe-Kollwitz-Schule@osnanet.de

Pressemitteilung und Information an die Ratsmitglieder

Integrierte Gesamtschule am Standort Schölerberg

Nach der Entscheidung der Landesregierung gegen die Einrichtung einer IGS am Standort Eversburg gilt es nun dringend für alle Politiker, eine zukunftsweisende Weiterentwicklung der Osnabrücker Schullandschaft auf den Weg zu bringen. Folgende Fakten sollten hierbei berücksichtigt werden:

- Osnabrück ist die einzige niedersächsische Großstadt, die den Eltern nicht die freie Auswahl ermöglicht, ihr Kind an einer IGS oder einer Schule des dreigliedrigen Schulsystems anzumelden. Ein nur eingeschränkt vorhandenes Bildungsangebot passt nicht zu einem Oberzentrum und darf durchaus auch als Standortnachteil gegenüber anderen Städten gesehen werden.
- In den letzten drei Jahren gab es an der Kooperativen Gesamtschule Schinkel durchschnittlich 145 Ablehnungen. Diese Tatsache alleine verdeutlicht schon den Bedarf für eine zweite Gesamtschule. Das Argument der CDU und FDP Fraktion, dass ebenso viele Schülerinnen und Schüler an kirchlichen Schulen abgewiesen werden, ist nicht tragbar, da über die Hälfte dieser Schülerinnen und Schüler nicht aus dem Stadtgebiet, sondern aus dem Landkreis kommen. Ein direkter Vergleich der Ablehnungszahlen der kirchlichen Schulen mit denen der Gesamtschule Schinkel, an der der Großteil der Schülerinnen und Schüler aus dem Stadtgebiet kommt, ist daher nicht möglich.
- 1117 Eltern befürworteten in der ersten Elternbefragung die Errichtung einer IGS am Standort der Käthe-Kollwitz-Schule. Dieses eindeutige Votum reicht aus, um den Bedarf für eine sogar zehnzügige Gesamtschulen am Schölerberg nachzuweisen! Deutlicher kann der Elternwunsch einen Standort kaum ausfallen.
- Die Stadtverwaltung hat im Dezember 2008 eine Summe von 15 bis 16 Millionen Euro berechnet, um eine Gesamtschule am Standort der Käthe-Kollwitz-Schule zu errichten (ohne Renovierung der Teutoburger Schule für die BBS und die Sanierung der Turnhalle). Für die Gründung einer IGS am Standort Eversburg hat die Stadt mit einem Betrag von 15 bis 19 Millionen gerechnet (siehe Ratsbeschluss vom 10.02.2009). Demnach sollte es alternativ auch möglich sein, eine ähnliche Investitionssumme am Standort der Käthe-Kollwitz-Schule zu ermöglichen.

Unter dem Strich bleibt folgende Erkenntnis: Die Parteien sollten die erste Elternbefragung nun endlich ernst nehmen und die Gründung einer IGS am Schölerberg auf den Weg bringen. Die Alternative – die Errichtung einer Gesamtschule in Eversburg – ist gescheitert.

W.Altenhoff
(Schulleiter)

S.Knoll
(stellv. Schulleiter)

A.Voigt
(Personalratsvorsitzender)

A u s z e i c h n u n g e n:

„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ★ Gütesiegel „Startklar für den Beruf“

„Eltern ernst nehmen: Gesamtschule für den Schölerberg“

Käthe-Kollwitz-Schule schreibt offenen Brief – Oberbürgermeister verärgert

S. OSNABRÜCK. Die Käthe-Kollwitz-Schule fordert in einem öffentlichen Brief, auf dem Schölerberg eine integrierte Gesamtschule (IGS) zu gründen. Oberbürgermeister Boris Pistorius findet diese Form der Mitteilung drei Tage vor offiziellen Gesprächen über das weitere Vorgehen „befremdlich“.

Die Einrichtung einer zweiten Gesamtschule hat alle Voraussetzungen für

eine unendliche Geschichte: Diskutiert wurden anfangs zwei Gesamtschulen. Die evangelische Kirche bot sich als Träger einer kooperativen Gesamtschule am Schulzentrum Eversburg an. Die Käthe-Kollwitz-Schule am Schölerberg will integrierte Gesamtschule werden.

Bei einer ersten Elternbefragung zum Standort Schölerberg hatte es eine breite Zustimmung gegeben.

Als dann der Rat die Einrichtung einer Gesamtschule in Eversburg beschloss und zum zweiten Mal die Eltern befragte, wurde die für einen fünfzügigen Schulbetrieb nötige Zahl von 130 Schülern pro Jahrgang verpasst. Als Folge lehnte die Landes-schulbehörde eine zweite Gesamtschule generell ab.

Jetzt bringt sich die Käthe-Kollwitz-Schule wieder ins Gespräch. In dem offenen

Brief an die Ratsmitglieder verweisen die Schulleitung und der Personalratsvorsitzende darauf, dass das Votum der ersten Elternbefragung zum Standort Schölerberg den Bedarf für eine sogar zehnzügige Gesamtschule nachweise. Jetzt, da die Alternative – die Errichtung einer Gesamtschule in Eversburg – gescheitert sei, „sollten die Parteien die erste Elternbefragung nun endlich ernst

nehmen und die Gründung einer IGS am Schölerberg auf den Weg bringen.“ An den Kosten könne es nicht scheitern.

Den Stand der Überlegungen wollte OB Pistorius gestern nicht kommentieren. Er verwies darauf, dass am Montag und Dienstag kom-mender Woche Gespräche mit allen Beteiligten – auch der Käthe-Kollwitz-Schule – geführt würden. Zu

diesem Treffen habe die Stadt frühzeitig eingeladen.

Dass sich die Schule wenige Tage vorher mit ihrer Forderung an die Öffentlichkeit wende, sei ein „Bruch der Zusammenarbeit“. Die Stadt habe im Verlauf der gesamten Diskussion immer die Schulen zuerst und dann die Zeitung informiert. Wenn die Käthe-Kollwitz-Schule nun vorher die Öffentlichkeit suche, sei dies „befremdlich“.

- an Presseverteiler
am 3.8.2009
- Fraktion z.k.



Pressemitteilung Nummer 15/2009

03. August 2009

Osnabrück, 03.08.2009

CDU und FDP fordern kooperative Gesamtschule am Standort Eversburg

Zu der aktuellen Pressemitteilung der Käthe-Kollwitz-Schule erklären CDU- und FDP-Fraktion: CDU und FDP setzen sich am Schulstandort Eversburg für eine kooperative Gesamtschule ein. „Eine zweite kooperative Gesamtschule in Osnabrück ist sinnvoll. Bereits zum Schuljahresbeginn nach den Sommerferien hätte eine Gesamtschule in evangelischer Trägerschaft am Schulzentrum Eversburg ihre Arbeit aufnehmen können, wenn SPD und Grüne nicht aus rein ideologischen Gründen eine Kehrtwendung gemacht hätten“, erklären der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Fritz Brickwedde und der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Thomas Thiele

Der Schulstandort Eversburg braucht klare Verhältnisse. Der Zulauf zur kooperativen Gesamtschule Schinkel zeigt deutlich, dass Eltern diese Schulform schätzen. Deshalb soll sich eine Gesamtschule Eversburg am Muster Schinkel orientieren.

„Wünschenswert wäre es, wenn man die Evangelische Kirche wieder ins Boot holen könnte. Wir bezweifeln aber, dass der OB über seinen Schatten springen kann und neue Gespräche mit der Kirche aufnimmt“, so die schulpolitischen Sprecher Charlotte Winkler (FDP) sowie Irene Thiel und Brigitte Neumann (CDU).

Die Christdemokraten und die Liberalen appellieren an den Oberbürgermeister und Rot-Grün, ihre gescheiterte Vorgehensweise zum Anlass zu nehmen, um jetzt nicht noch einen weiteren Fehler zu begehen, sondern endlich zu einer sachgerechten Entscheidung zu kommen und einer kooperativen Gesamtschule in Eversburg zuzustimmen.

Aus Frust über die erlittene Niederlage dürfen keine Kurzschlusshandlungen entstehen. Eine solche Kurzschlusshandlung wäre die Einrichtung einer integrierten Gesamtschule am Standort Schölerberg, da die räumliche Situation dort bei weitem nicht ausreichend ist und zu voraussichtlichen Kosten von 20 Mio. € führen würde.

Um die gute Arbeit der Käthe-Kollwitz-Schule zu erhalten und weiterzuentwickeln, könnte es sinnvoll sein, diese als Schulversuch mit engerer Verzahnung von Haupt- und Realschule zu führen mit einer Verknüpfung mit den Berufsbildenden Schulen in der Stadt und den Fachoberschulen. Unterschiedliche Begabungen benötigten unterschiedliche Bildungsangebote.

Wichtig ist eine Durchlässigkeit des Systems mit der Möglichkeit, auch auf diesem Wege die Hochschulreife erlangen zu können.

„Für CDU und FDP ist es wichtig, dass den Schülern in der Stadt unterschiedliche und auf ihre Bedürfnisse und Lernfähigkeiten ausgerichtete Bildungsangebote zur Verfügung stehen.“

→
bitte wenden

Mit den von uns vorgeschlagenen neuen Schulformen in Eversburg und Schölerberg können Schüler den Weg gehen, der ihren Fähigkeiten entspricht", so Brickwedde und Thiele abschließend.

Benedikt Holz

CDU Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541) 323 - 4300

Telefax (05 41) 27217

- an Pressevertreiter
- an Fraktion
erl.
19.8.09/ka



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Benedikt Holz

Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541) 323-4300

Telefax (0541) 27217

holz@osnabrueck.de

www.cdu-osnabrueck.de

Pressemitteilung Nummer 17/2009

19. August 2009

Die CDU fordert Umsetzung des „Modells Schinkel“ auch in Eversburg

Auf die Ankündigung des Oberbürgermeisters, nun eine dritte Elternbefragung durchzuführen, reagiert die CDU mit deutlicher Kritik.

Der Elternwille in Osnabrück ist klar: eine IGS in Eversburg hat keine Zustimmung gefunden. Die Ablehnungszahlen an der Gesamtschule Schinkel dagegen zeigen deutlich, dass das Interesse der Eltern an der dort etablierten Form einer kooperativen Gesamtschule (KGS) sehr hoch ist.

Um diesem Elternwillen und dem Vertrauen der Eltern in diese Schulform gerecht werden zu können, fordert die CDU, in Eversburg eine KGS einzurichten und den Antrag dahingehend abzuändern. Die Eltern wollen keine weiteren Experimente!

„Wir fordern daher den OB auf, den Weg frei zu machen im Sinne der Eltern und Schüler und die Umsetzung einer KGS in Eversburg zu unterstützen“, so Irene Thiel und Brigitte Neumann. „Man kann nicht so lange fragen, bis einem die Antwort passt. Die Willensbekundungen sind da und die sollte der OB auch ernst nehmen“, mahnen die beiden CDU-Schulausschussmitglieder eindringlich.

gez. Irene Thiel

Brigitte Neumann

(Schulpolitische Sprecherin der CDU) (CDU-Schulausschussmitglied))

Kabatzki, Julia

Von: Till Olaf Voß [till.voss@cdu-osnabrueck.de]

Gesendet: Mittwoch, 19. August 2009 06:54

An: Till Olaf Voß

Betreff: Pressemitteilung v. 19.08.09 - Junge Union: Befragung muss unbeeinflusst durchgeführt werden

Junge Union: Befragung muss unbeeinflusst durchgeführt werden

Dritte Elternbefragung zu einer IGS Eversburg ist fragwürdiger Weg

Es zeichnet sich ab, dass der Osnabrücker Oberbürgermeister Pistorius nach der Ablehnungsentscheidung des Landes zur Einrichtung einer integrierten Gesamtschule in Eversburg nun doch eine dritte Elternbefragung durchführen möchte. Dies hatte Pistorius bislang mit der Begründung abgelehnt, eine dritte Umfrage grenze an „Veräppelung“ der Eltern. Die Junge Union (JU) sieht die neuen Pläne von Pistorius außerordentlich kritisch: „Man kann die Eltern nicht so lange befragen, bis dem Oberbürgermeister das Ergebnis passt. Da hat Pistorius ein mehr als fragwürdiges Demokratieverständnis,“ erklärt Till Olaf Voß, Kreisvorsitzender der Jungen Union und Mitglied des Schulausschusses der Stadt Osnabrück.

Und auf ein weiteres will die Junge Union ihre Blicke richten: Wenn schon eine weitere Umfrage erfolgen sollte, dann müsse eine objektive Willensbildung der Eltern sichergestellt werden. „Es kann nicht angehen, dass sich der Oberbürgermeister, nur um sein Gesicht zu wahren, massiv in das Abstimmungsverhalten der Eltern einmischt. Das würde den Zweck einer Elternbefragung untergraben und den Wert eines Umfrageergebnisses gegenüber dem Land massiv schmälern. Entscheidend ist, dass die Verwaltung ihrer Neutralitätspflicht nachkommt. Ansonsten werden wir auf die politischen Eigeninteressen des Oberbürgermeisters hinweisen und das in der Bevölkerung und gegenüber dem Land auch so vertreten,“ so Voss weiter. Pistorius hatte angekündigt, die dritte Elternumfrage mit „Informationsveranstaltungen“ und „intensiver Öffentlichkeitsarbeit“ zur aus seiner Sicht bestehenden Notwendigkeit der Einführung einer IGS in Eversburg zu begleiten.

Im übrigen gehöre nach Ansicht der JU zur Einhaltung der gebotenen Objektivität und Neutralität seitens der Stadtverwaltung aber auch, daß ein neuer Fragebogen nun auch zwingend den Hinweis enthalten müsse, daß in Zukunft auch an integrierten Gesamtschulen das Abitur nach zwölf Jahren gelte. Die letzte Elternbefragung hatte diesen Hinweis noch nicht enthalten, obwohl die neue Rechtslage im Landeskabinett politisch bereits auf den Weg gebracht worden war.

Zweite Gesamtschule, dritter Anlauf

107
ISSCHNITTDIENST -

vom: 19.8.09

Ausschnitt erhält:

OB

Ratsfraktionen

Dez. 1, 2, 3

FB

Stadtverwaltung startet noch eine Elternbefragung

fhv OSNABRÜCK. Das Verfahren zur Errichtung einer integrierten Gesamtschule in Osnabrück geht in die nächste Runde: Die Stadt wird noch vor den Herbstferien eine dritte Elternbefragung veranstalten. Dazu gebe es letztlich keine Alternative, machte Oberbürgermeister Boris Pistorius gestern deutlich.

Die Ausgangslage: Ursprünglich wollte die Stadt die Käthe-Kollwitz-Schule am Schölerberg von einer Haupt- und Realschule in eine IGS umwandeln. Dazu war nach dem niedersächsischen Schulgesetz eine Bedürfnisprüfung (Elternbefragung) erforderlich, bei der die Erziehungsberechtigten von mindestens 130 Kindern aus allen vier Grundschuljahrgängen sich für diesen Standort aussprechen müssen. Tatsächlich wurden dann auch zwischen 234 und 312 Fragebögen mit einem „Ja“ abgegeben.

Allerdings schwenkte der Rat dann zwischenzeitlich noch einmal um. Im März 2009 wurde beschlossen, die neue IGS aus finanziellen und schulorganisatorischen Gründen nicht am Schölerberg, sondern in Eversburg einzurichten. Auch dafür war dann wieder eine neue Elternbefragung nötig. Und die ging im März ziemlich knapp daneben, weil manche Eltern sich einer zweiten Befragung verweigerten. So blieb der Rücklauf deutlich geringer. Und es gab nur noch zwischen 89 und 118 positive Rückläufe aus den vier Grundschul-Jahrgängen.

Was nach Ansicht der Landdenschulbehörde nicht dem qualifizierten Elternwillen für ein „unabweisbares Bedürfnis“ zur Einrichtung einer weiteren Gesamtschule entspricht. Ihre Reaktion: Entweder verzichte die Stadt auf die Errichtung einer IGS. Oder sie führt eine dritte Befragung durch.

Der dritte Anlauf: Pistorius und Schuldezernentin

KOMMENTAR

Vorsicht, Wahlkampf!

Von Frank Henrichvark

Boris Pistorius und seine Schuldezernentin Rita-Maria Rzycki sind nicht zu beneiden. In den nächsten Wochen, so steht zu befürchten, werden sie immer und immer wieder erklären müssen, warum die dritte Elternbefragung in Sachen IGS Eversburg notwendig ist.

Und das nicht, weil anders keine Mehrheit für die vom Land geforderte Bedürfnisprüfung zu beschaffen wäre. Sondern weil Bundestagswahlkampf ist. Und weil die Gesamtschulgegner keine Gelegenheit auslassen werden, das ziemlich ver-

korkste Verfahren zu geißeln und Salz in diese Wunde zu streuen.

Dabei gibt es zu dem jetzt eingeschlagenen Weg gar keine Alternative. Mag man die dritte Elternbefragung für eine Veräppelung der Eltern oder bestenfalls eine lästige Formalität halten: Es muss wohl sein.

Denn anders als auf dem einmal eingeschlagenen Weg ist der gordische Knoten jetzt nicht mehr zu lösen. Gibt es eine hinreichende Zahl positiver Stimmen, kommt auch die IGS Eversburg. Gibt es sie nicht, muss die Stadt trotzdem handeln.

f.henrichvark@neue-oz.de

Rita-Maria Rzycki halten an dem Ratsbeschluss fest und gehen letztlich auch davon aus, dass es nur eine Formsache sein kann, das erforderliche Bedürfnis der Höhe nach zu erreichen. Erfahrungsgemäß werde eine Gesamtschule in der Stadt auch von vielen Kindern aus dem

keine Alternative: Weil der Bedarf für eine weitere Gesamtschule nachweisbar gegeben sei; weil dem Schulzentrum Eversburg strukturell geholfen werden müsse; und weil drittens allen Betroffenen eine weitere „Hängepartie“ nicht mehr zumutbar sei.

Diesen Standpunkt habe er in erneuten Gesprächen auch an der Käthe-Kollwitz-Schule, im Schulzentrum Eversburg und im Stadtelternrat vertreten. Und er habe im Ergebnis jeweils Zustimmung gefunden, sagte der OB gestern.

Die erneute Befragung soll noch vor den Herbstferien erfolgen. Alle 5500 Grundschulkindern in der Stadt bekommen Fragebögen, die von den Klassenlehrern in verschlossenen Umschlägen eingesammelt werden sollen. Auch sonst will die Stadt keine Panne mehr erleben. Informationsveranstaltungen an den Schulen und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit seien nötig. Pistorius: „Das Thema hat jetzt absoluten Vorrang.“

„Wir würden dieses Verfahren den Eltern gerne ersparen“

**Boris Pistorius
Oberbürgermeister**

Landkreis besucht, sagte Pistorius gestern: „Wir müssten geradezu darüber nachdenken, ob eine solche Befragung nicht auch in den Umlandgemeinden durchzuführen wäre.“ Stattdessen bereitet die Schulverwaltung jetzt eine erneute Befragung der Erziehungsberechtigten der aktuellen vier Grundschuljahrgänge vor. „Ärgerlich, weil eigentlich unnötig“, sei dieses Verfahren, so Pistorius, „und wir würden es den Eltern gerne ersparen“. Gleichwohl gebe es dazu

Ausschnitt aus: Westfälische Nachrichtenvom: 19. 8. 09

Ausschnitt erhält:

- OB
 Ratsfraktionen
 Dez. 1, 2, 3
 FB

Elternbefragung, die Dritte

Stadt sieht Bedarf für integrierte Gesamtschule in Eversburg

Osnabrück. Oberbürgermeister Boris Pistorius und Vorstand Rita Maria Rzycki haben eine dritte Elternbefragung angekündigt, um den Bedarf nach einer weiteren Gesamtschule in Osnabrück zu klären. Das teilte die Stadtverwaltung gestern mit.

„Wenn die Landesschulbehörde gewollt hätte“, sagte Oberbürgermeister Boris Pistorius, „dann hätte sie unseren Antrag auf Genehmigung einer Integrierten Gesamtschule schon längst genehmigen können.“ Darauf habe die Stadt in einer Stellungnahme deutlich hingewiesen und noch einmal alle ihr vorlie-

genden Erkenntnisse zusammengefasst, die den Bedarf nach einer weiteren Gesamtschule in Osnabrück ohne Zweifel belegen würden.

Jetzt soll, so der Oberbürgermeister, kurzfristig eine weitere Befragung unter den Eltern aller Grundschüler in Osnabrück durchgeführt werden. „Ich bin sicher, dass wir auf diese Weise sehr deutlich machen können, dass wir dringend eine weitere Gesamtschule brauchen – und zwar am Standort Eversburg und das möglichst bald“, gibt sich Boris Pistorius zuversichtlich.

„Der Wunsch nach einer Integrierten Gesamtschule“, sag-

te Rita Maria Rzycki, „war im Übrigen bei den ersten beiden Befragungen stabil über 20 Prozent. Lediglich der zu geringe Rücklauf hat dazu geführt, dass wir die Befragung noch einmal wiederholen müssen.“

Der Oberbürgermeister, Rzycki und Fachbereichsleiter Hans-Georg Freund appellieren an „alle Eltern der Osnabrücker Grundschulen, beteiligen Sie sich an der Umfrage. Ihre Beteiligung ist wichtig, um die Schullandschaft in Osnabrück zukunftsfähig zu machen. Wie auch immer Sie sich entscheiden, machen Sie mit!“

Wie geht es jetzt weiter? Kurzfristig organisiert die Schulverwaltung an den Osnabrücker Grundschulen Informationsveranstaltungen, in denen die Eltern über Zeitabläufe, den Fragebogen und weitere Dinge aufgeklärt werden. Bis zum Herbst sollen die Fragebögen verteilt und von den Klassenlehrern in einem geschlossenen Briefumschlag wieder eingesammelt werden. Die Auswertung erfolgt zeitnah, damit möglichst noch bis zum Schuljahr 2010/2011 etwaige Vorbereitungen getroffen werden können, heißt es abschließend in der Mitteilung der Stadt.



Oberbürgermeister Boris Pistorius hat gestern eine dritte Elternbefragung in Sachen Gesamtschule angekündigt.

Gesamtschul-Streit zwischen „Ideologie“ und „Possenspiel“

Dritte Elternbefragung löst geteiltes Echo aus

OSNABRÜCK. Die Entscheidung der Stadtverwaltung, eine dritte Elternbefragung zur Gesamtschule zu starten, stößt in der Politik wie erwartet auf ein geteiltes Echo: CDU und FDP lehnen eine integrierte Gesamtschule (IGS) in Eversburg ab und sprechen von einem „Possenspiel“. SPD und Grüne rufen die zu befragenden 5500 Elternpaare auf, die Chance zur Mitwirkung zu nutzen.

SPD: Breites Bündnis

Die SPD-Ratsfraktion will die neue Umfrage aktiv unterstützen. „Wenn alle Befürworter einer IGS ab sofort an einem einzigen Strang ziehen, dürften wir mit allen davon betroffenen Eltern, Schülern und Lehrern zuversichtlich sein, mit der neuen Schule schon zum Schuljahr 2010/2011 an den Start zu gehen. Jetzt ein breites Bündnis schaffen“, heißt es in einer Stellungnahme von Fraktionschef Ulrich Hus, Marion Fiolka-Dörpmund und Paul Meimberg.

Hus widerspricht dem Argument, es gebe zu wenig Zustimmung für eine IGS-Gründung: „Zum einen belegen die Zahlen gleich zweier Umfragen – ebenso wie die Ablehnungszahlen an der Gesamtschule Schinkel – einen eindeutigen Bedarf, in den die Nachfrage aus den Umlandgemeinden nicht einmal eingerechnet ist“, so Hus. Zum anderen bewiesen die Stellungnahmen nahezu aller Fachleute, dass die CDU-FDP-Landesregierung die IGS allein aus ideologischen Gründen ablehne. Hus: „Integration und bestmögliche Durchlässigkeit sind Markenzeichen einer IGS und bleiben offenbar das

Gegenteil konservativer Schulpolitik.“ Marion Fiolka-Dörpmund hält eine erneute Befragung auch inhaltlich für begründet. Denn erstmals stimmten die Eltern der jetzigen Erstklässler mit ab, die ein Viertel der Befragten bilden.

Grüne: Unverzichtbar

Die Grünen halten eine integrierte Gesamtschule „aus bildungs- und standortpolitischen Gründen“ für unverzichtbar. „Wir unterstützen die Verwaltung in ihrem Bemühen, den Beschlüssen des Rates zur Einrichtung einer IGS Eversburg entgegen der politisch begründeten Absage des Landes zur Geltung zu verschaffen“, erklärten der Fraktionsvorsitzende Michael Hagedorn und die schulpolitische Sprecherin, Birgit Strangmann. Der Beschluss des Rates vom Mai dieses Jahres, am Schulzentrum Eversburg eine IGS einzurichten, habe nach wie vor Bestand. Die Grünen erwarteten von der Verwaltung, dass sie bei der Elternbefragung – „im Gegensatz zum letzten Mal“ – alles für die Information und Aufklärung unternähme, „damit dem Land diesmal keine Möglichkeit bleibt, diese bildungspolitisch notwendige Einrichtung aus politischen Gründen zu verhindern“.

CDU: Modell Schinkel

Die CDU fordert die Umsetzung des „Modells Schinkel“ auch in Eversburg. Der Elternwille in Osnabrück sei klar, heißt es in einer Erklärung der CDU: Eine IGS in Eversburg habe keine Zustimmung gefunden. Die Ablehnungszahlen an der Gesamtschule Schinkel dage-

gen zeigen deutlich, dass das Interesse der Eltern an der dort etablierten Form einer kooperativen Gesamtschule (KGS) sehr hoch sei. „Wir fordern daher den OB auf, den Weg frei zu machen im Sinne der Eltern und Schüler und die Umsetzung einer KGS in Eversburg zu unterstützen“, so Irene Thiel und Brigitte Neumann in der gemeinsamen Erklärung. „Man kann nicht so lange fragen, bis einem die Antwort passt. Die Willensbekundungen sind da, und die sollte der OB auch ernst nehmen.“

Die Junge Union mahnt die Verwaltung, bei der Elternbefragung strikte Neutralität zu wahren. Die von Oberbürgermeister Boris Pistorius angekündigten Informationsveranstaltungen dürften die „objektive Willensbildung der Eltern“ nicht beeinflussen.

FDP: Possenspiel

„Geht das Possenspiel weiter?“, fragt die FDP. Die Liberalen fordern wie die CDU eine kooperative Gesamtschule, angelehnt an das Modell des Schulzentrums Schinkel und mit der Evangelischen Kirche als Schulträger. OB Pistorius sei es zusammen mit Rot-Rot-Grün „nicht zu dumm, eine weitere Elternbefragung durchzuführen“. Eltern, Lehrer und Schüler würden am Gängelband geführt und benutzt, um eine ideologisch motivierte Entscheidung zugunsten einer IGS zu erwirken. Thiele: „Hätte der OB das Interesse der evangelischen Kirche zur Übernahme des Schulzentrums Eversburg nicht mit Füßen getreten, gäbe es bereits eine zweite Gesamtschule in Osnabrück.“

Ausschnitt aus: Westfälische Nachrichten

vom: 21.8.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Dez. 1, 2, 3 FB 40

Auch in Osnabrück ist der Bedarf da

Elternbefragung zur Gesamtschule

Osnabrück. Am Dienstag hatte Oberbürgermeister Boris Pistorius angekündigt, dass die Eltern aller Grundschüler in Osnabrück noch einmal über eine Einführung einer Integrierten Gesamtschule am Standort Eversburg befragt werden. Grundlage für diese Befragung ist ein Ratsbeschluss, der die Verwaltung auffordert, entsprechende Vorbereitungen zu treffen.

„Diese Befragung hätte uns, aber vor allem den Eltern erspart bleiben können“, sagte Pistorius, „wenn die Landes-schulbehörde unseren Antrag genehmigt hätte. Ich bin davon überzeugt, dass sie das hätte tun können, wenn sie gewollt hätte. Aber weitere Auseinandersetzungen darüber nützen letztlich niemandem.“

Inzwischen werden in immer mehr niedersächsischen Städten Gesamtschulen eingeführt – völlig unabhängig davon, welche Partei jeweils die Mehrheit hat, erläutert Pistorius. „Und zwar deshalb, weil die Eltern dieses Angebot wol-

len und das Anmeldeverhalten an den Schulen eindeutig ist. Auch in Osnabrück ist der Bedarf da: Das belegen allein schon die Anmeldungen an der Gesamtschule Schinkel, die auch in diesem Jahr wieder fast 160 Kinder abweisen musste. Ob man will oder nicht, die Wirklichkeit in Niedersachsen ist so, dass die Gesamtschulen zu einer ganz normalen Schulform neben den anderen geworden sind“, sagte der OB. „Das ist völlig unumstritten. Daher möchte ich – zum Wohle der Kinder, Eltern und Lehrer in Osnabrück – zur Gelassenheit in dieser Frage aufrufen. Lassen Sie uns diese Befragung in Ruhe ohne parteipolitischen Streit durchführen, um auf der Basis dieses Ergebnisses die Schullandschaft für die Zukunft zu gestalten. Wichtig dabei ist vor allem, dass möglichst viele Eltern sich an dieser Befragung beteiligen. Und klar ist auch: eine weitere Befragung kann und wird es nicht geben.“

Leserbrief aus der Neuen Osnabrücker
Zeitung vom 22. August 2009

Scheinheiliges taktisches Manöver

*Zum Artikel „Gesamtschul-
Streit zwischen ‚Ideologie‘
und ‚Possenspiel‘ – Dritte El-
ternbefragung löst geteiltes
Echo aus“ (Ausgabe vom 20.
August)*

„Es ist erstaunlich, mit welcher Dreistigkeit der Öffentlichkeit seitens CDU und FDP fortwährend eingeredet wird, die Evangelische Kirche sei von der Einrichtung einer Kooperativen Gesamtschule (KGS) in Eversburg ausgeschlossen worden. [...]

Weder ist die Evangelische Landeskirche an einer Integrierten Gesamtschule (IGS) interessiert noch am Abitur nach 13 Jahren, wie sie in ihrer Stellungnahme im Juni in Hannover deutlich machte. Anders als zum Beispiel die Vertreter der Katholischen Kirche hat sie bis heute nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass beides – längere gemeinsame Schulzeit und Abitur nach Klasse 13 – zu mehr dringend benötigter Chancengleichheit, Abbau von gesellschaftlicher Diskriminierung und vor allem Erfolg führen. Gleiches gilt für CDU und FDP. [...]

Die von den Konservativen propagierte KGS bedeutet lediglich dreigliedrige Schulformen und dreigliedrige Lehrpläne und Schulabschlüsse unter einem Dach. Leider bedeutet sie eben nicht eine teildifferenzierte Mischform wie in der Gesamtschule Schinkel – denn auch diese musste bei der CDU in Hannover zäh erkämpft werden und ist derzeit alles andere als erwünscht.

Da die hiesigen Bildungspolitiker von CDU und FDP das wissen, kann ihr diesbezüglicher Wunsch nur als scheinheiliges taktisches Manöver gewertet werden. Schade! Wenn Eltern heute ihre Grundschul Kinder von täglicher Schulangst und ‚learning to the tests‘ befreien wollen, dann müssen sie sich für eine Integrierte Gesamtschule in Osnabrück starkmachen!“

Kristel Sauder
Roonstraße 7

Dritte Umfrage für 2. IGS

SPD und Grüne freuen sich – Union und FDP sind sauer

Osnabrück (eb) – Die Ankündigung von OB Boris Pistorius, die Frage eines 2. Standortes einer Integrierten Gesamtschule in Osnabrück mit einer 3. Elternbefragung zu klären, ist bei SPD und Grünen auf Zustimmung gestoßen, von CDU und FDP aber kritisiert worden.

Pistorius hatte am Dienstag eine solche dritte Elternbefragung angekündigt, um einerseits einen bereits bestehenden Ratsbeschluss für den Standort Eversburg durchzusetzen und andererseits der Forderung der Landesregierung nach einem aussagekräftigeren Quorum nachzukommen. Die bei der ersten Abstimmung für Eversburg abgegebenen Stimmen reichten dem Land nicht aus. Zuvor hatte auch für den Standort Käthe-Kollwitz-Schule eine solche Befragung stattgefunden, die sich erledigte, weil der Rat plötzlich Eversburg favorisierte.

„Wenn die Landesschulbehörde gewollt hätte“, sagte Oberbürgermeister Boris Pistorius am Dienstag, „dann hätte

sie unseren Antrag auf Genehmigung einer Integrierten Gesamtschule schon längst genehmigen können.“ Die Stadt könne den Bedarf nach einer weiteren Gesamtschule „ohne Zweifel“ belegen. Der Wunsch nach einer Integrierten Gesamtschule sei, so sagte Schuldezernentin Rita Maria Rzycki, „bei den ersten beiden Befragungen stabil über 20% gewesen. Lediglich der zu geringe Rücklauf hat dazu geführt, dass wir die Befragung noch einmal wiederholen müssen.“ Sie und Pistorius baten alle Bürger, sich an der erneuten Umfrage zu beteiligen, die noch vor den Herbstferien stattfinden soll. Alle 5500 Grundschüler der Stadt bekommen Fragebögen, die dann von den Lehrern in verschlossenen Umschlägen eingesammelt werden sollen.

Die SPD-Fraktion unterstützt die neue Umfrage. „Wenn alle Befürworter einer IGS ab sofort an einem Strang ziehen, dürfen wir zuversichtlich sein, mit der neuen Schule

schon zum Schuljahr 2010/2011 an den Start zu gehen“, hieß es in einer Erklärung. Ähnlich äußerten sich die Grünen. Jetzt sei die Verwaltung aufgefordert, „alles für die nötige Information und Aufklärung“ zu unternehmen, damit das Land keine Einspruchsmöglichkeit mehr habe.

Die CDU-Fraktion kritisierte, der Elternwille habe gezeigt, dass die IGS Eversburg keine Zustimmung finde. Dort sollte besser eine kooperative Gesamtschule nach dem Muster des Schulzentrums Schinkel eingerichtet werden. Man könne die Eltern nicht so lange fragen, bis die Antwort passe. Auch die FDP lehnt eine IGS am Standort Eversburg weiter ab und fordert dort ebenfalls eine kooperative Gesamtschule. Thomas Thiele sagte, Pistorius wolle „zusammen mit Rotrot mit dem Kopf durch die Wand und auf Biegen und Brechen“ in Eversburg eine IGS einrichten. Eltern, Lehrer und Schüler würden für eine ideologische Entscheidung am Gängelband geführt.

Leserbrief aus der Neuen Osnabrücker
Zeitung vom 26. August 2009

In Osnabrück ist eine zweite Gesamtschule nötig

Zur aktuellen Diskussion um die Errichtung einer Integrierten Gesamtschule, u. a. zum Artikel „Gesamtschul-Streit zwischen ‚Ideologie‘ und ‚Possenspiel‘ – Dritte Elternbefragung löst geteiltes Echo aus“ (20. August).

„Eine Integrierte Gesamtschule ist eine Schulform, wo die Kinder in jedem einzelnen Fach in A/B/C eingeteilt sind (entspricht Gymnasium/Realschule/Hauptschule).

Die Kinder haben also keinen Klassenverband, sondern sie haben jedes Fach in einem anderen Unterrichtsraum und mit anderen Schulkameraden. So wie man das sonst von der Oberstufe im Gymnasium kennt. Ob das für Kinder so sinnvoll ist?

Der Klassenverband hat einen immensen sozialen Nutzen! Ich finde, man sollte überlegen, ob man in Eversburg eine Außenstelle der Gesamtschule Schinkel machen kann. Die arbeiten nämlich

dort mit dem Prinzip Klassenverband.“

**Joachim Goerner
Ockerweg 4
Lotte**

„Ein erneutes Bemühen zur Errichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) am Schulzentrum Eversburg ist der richtige Weg. Eine zweite Gesamtschule im Osnabrücker Stadtbereich ist vonnöten, das zeigen eindrucksvoll die Anmeldezahlen an der Gesamtschule Schinkel (GSS). Mehr als 150 Anmeldungen allein in der 5. Klassenstufe mussten dort aufgrund fehlender Kapazitäten abgewiesen werden.

Diese riesige Nachfrage zeugt eindeutig vom Elternwillen nach einer Alternative zum dreigliedrigen Schulsystem im Stadtgebiet. Das Schulzentrum Eversburg wäre nicht nur von seinen Kapazitäten, sondern auch aus städtebaulichen Aspekten eine vernünftige und ökonomisch

kluge Lösung. Dass das Konzept einer IGS in Osnabrück befürwortet wird, zeigen die Zahlen eindeutig.

Nun liegt es daran, die Eltern für eine weitere Befragung zu gewinnen, um die vom Land geforderten 150 Befürwortungen zu erhalten. Hier hat die Stadtverwaltung nach der nur halbherzig durchgeführten zweiten Befragung Nachholbedarf. Die CDU-Landesregierung hingegen muss ihre ideologischen Scheuklappen ablegen ...

Das Konzept einer evangelischen Trägerschaft, das seit 2006 nur halbherzig diskutiert wird, ist gescheitert und für den Standpunkt Eversburg mit seinen vielen muslimischen Schülern ungeeignet. Eine geplante IGS am Standort Eversburg steht in keiner Weise in Konkurrenz zu dem dreigliedrigen Schulsystem ...“

**Lasse Thorwesten
Schäferweg 9
Osnabrück**



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Benedikt Holz

Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541) 323-4300

Telefax (0541) 27217

holz@osnabrueck.de

www.cdu-osnabrueck.de

Pressemitteilung
Nummer 19/2009

28. August 2009

CDU: Informationsprozess bei erneuter Befragung muss objektiv und neutral erfolgen

„Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Osnabrück fordert, bei der erneuten - nunmehr dritten - Befragung der Eltern zur Errichtung einer integrierten Gesamtschule in Osnabrück sicherzustellen, dass das Ergebnis am Ende des Befragungsprozesses mit Blick auf die Freiheit des Elternwillens über jeden Zweifel erhaben ist,“ so die vier CDU-Schulpolitiker im Rat der Stadt Osnabrück Irene Thiel, Brigitte Neumann, Claudia Schiller und Till Olaf Voß.

Oberbürgermeister Pistorius hat angekündigt, nach der Ablehnungsentscheidung des Landes zur Einrichtung einer integrierten Gesamtschule in Eversburg eine dritte Elternbefragung durchzuführen. Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt sieht diese Pläne vor dem Hintergrund kritisch, dass man die Eltern nicht so lange befragen kann, bis ein gewünschtes Ergebnis erreicht worden ist.

In jedem Fall ist durch die Stadtverwaltung zu gewährleisten, dass die Willensbildung der Eltern objektiv und absolut unbeeinflusst erfolgt. Die vom Oberbürgermeister in der NOZ vom 19. August angekündigten "Informationsveranstaltungen" und die geplante "intensive Öffentlichkeitsarbeit" bergen die Gefahr, dass die Befragung nicht den unbeeinflussten und in diesem Sinne freien Willen der Elternschaft widerspiegelt. Darauf kommt es nach dem Schulrecht aber gerade an. Eine Einmischung in das Abstimmungsverhalten der Eltern würde daher dem Zweck der Umfrage widersprechen und die Aussagekraft des Ergebnisses gegenüber dem Land

→
bitte wenden

entwerten. Die dritte Umfrage muss ein in jeder Hinsicht belastbares Ergebnis liefern können. Entscheidend ist folglich, dass die Verwaltung einschließlich der Person des Oberbürgermeisters ihrer Neutralitätspflicht nachkommt.

Folgende Punkte sind Thiel, Neumann, Schiller und Voß in diesem Zusammenhang besonders wichtig:

Erstens ist sicherzustellen, dass die verschiedenen Möglichkeiten für die Zukunft des Schulzentrums Eversburg in der gebotenen Ausführlichkeit und Sachlichkeit dargelegt werden. Um die Aussagekraft des Elternwillens zu erhöhen, sollte der Fragebogen, wenn rechtlich möglich, vorsehen, dass Eltern eine Auswahl zwischen den verschiedenen Schulformen (Dreigliedrigkeit, Integrierter- oder Kooperativer Gesamtschule) treffen können. Anderenfalls ist im Rahmen der Informationsveranstaltungen und sonstigen Informationsmaterialien auf die verschiedenen Möglichkeiten hinzuweisen.

Zweitens ist im Rahmen des Informationsprozesses sicherzustellen, dass die Verwaltung sachlich, neutral, unvoreingenommen auf die Unterschiede der Schulform IGS zu den anderen Schulformen (Kooperative Gesamtschule, Dreigliedrigkeit) hinweist. Damit das Ergebnis aussagekräftig ist, muss dringend vermieden werden, dass der Informationsprozess durch Verwaltung einschließlich Oberbürgermeister Züge einer Werbung für die eine oder andere Willensäußerung der Eltern annimmt.

Drittens ist für viele Eltern die Dauer des geplanten Schulbesuches ihrer Kinder eine wesentliche Frage. Um Missverständnissen vorzubeugen, ist in den Fragebogen der Stadtverwaltung der Hinweis aufzunehmen, dass in Zukunft auch an integrierten Gesamtschulen das Abitur nach zwölf Jahren gilt.

Ossensamstag

25 000 Euro für drei tolle Tage in Osnabrück

Karnevalisten wollen nächste Woche über Zukunft des Ossenstags entscheiden

hin OSNABRÜCK. Der Straßenkarneval in Osnabrück steht vor einem Neuanfang. Wenn die 19 Narrenvereine der Region am Mittwoch kommender Woche dem neuen Konzept zustimmen, könnte es ab 2010 „drei tolle Tage in Osnabrück“ geben. Eine Voraussetzung sind die 25 000 Euro, die der Einzelhandel an die organisierten Narren jährlich überweisen will.

Am Mittwoch, 2. September, treffen sich die Abgesandten der Vereine zur entscheidenden Abstimmung. Fränzi Wagner, Vizepräsident des Bürgerausschusses Osnabrücker Karneval (BOK) und Mitglied der Ossenstags-Arbeitsgruppe, ist fest davon überzeugt, dass der Straßenkarneval in Osnabrück neue Wege beschreiten muss. Und er ist überzeugt, die Mehrheit der Narren für diese Ideen gewinnen zu können. Er macht sich aber wenig Hoffnung, mit einer Verlegung des Umzugs vom Ossenstags auf den Sonntag die Trinkerei eindämmen zu können. „Suffkis wird es immer geben“, sagte Wagner.

Das Konzept, das BOK-Vertreter und Stadtmarketing gemeinsam erarbeitet haben, sieht ein volkstümliches und stärker karnevalistisch geprägtes Bühnenprogramm an Weiberfastnacht auf dem Marktplatz vor. Anschließend können die Narren in die Altstadt ausschwärmen. Am Samstagabend soll es ein offizielles Karnevalsfest (zum Beispiel im Rosenhof) geben und am Sonntag ab 13 Uhr der Umzug folgen. Der Zug soll sich von der Johannisstraße durch die Große Straße zum Marktplatz bewegen. Der neue Karneval soll überregional gezielt beworben werden. Leitmotiv: „Drei tolle Tage in Osnabrück.“

Der BOK steht unter Druck. Der Stadtrat hat mehrfach diskutiert, die Reinigungskosten für den Ossenstags auf die Karnevalisten abzuwälzen. Sperrt sich der BOK gegen die Neuerungen, könnte der Rat Ernst machen.

Der City-Einzelhandel ist bereit, dem BOK jährlich 25 000 Euro zur Verfügung zu stellen. Das Geld könnten die Narren gut gebrauchen, um die Qualität des Umzuges wieder zu heben, wie Wagner sagt. Es sollen wieder mehr Spielmannszüge engagiert werden, die für einen Auftritt zwischen 300 und 500 Euro verlangen. Dagegen sollen die Wagen mit den überlauten Musikboxen zurückgedrängt werden. Mit dem Geld würde der BOK Leute bezahlen, die beim Zug nur darauf achten, dass die Mitfahrer nicht die Boxen zu weit aufdrehen.

Die Proklamation des Stadtprinzenpaares in der Stadthalle, die früher bis zu 1000 Narren verfolgten, soll mit zugkräftigen Künstlern aufgewertet werden. Zuletzt seien es nur noch 250 zahlende Gäste gewesen, sagt Fränzi Wagner: „Ich wünsche mir Gruppen wie ‚De Höhner‘ oder ‚De bläck Föös‘.“ Außerdem könne mit dem Geld das Stadtprinzenpaar unterstützt werden, damit es nicht mehr alles aus eigener Tasche zahlen müsse.

Der Schaustellerverband begrüßt die Reform. Vorsitzender Ewald Telsemeyer sagte, er würde sich weitere Angebote wünschen wie ein nachmittägliches Kinderprogramm an Weiberfastnacht oder eine „karnevalistische Einkaufsgala“ am Ossenstags.

Was sagen Sie dazu?
Leserforum im Internet
www.neue-oz.de

→ bitte wenden

GMHütte geht auf den Samstag – Bad Iburger sind „todtraurig“

OSNABRÜCK Die Pläne der Osnabrücker Karnevalisten, mit dem Ossenstagsamstag künftig auf den Sonntag zu gehen, haben für die Narren der Region gravierende Folgen. Von der Verlegung besonders betroffen: **Geogsmartenhütte, wo sich der Hüttensonnstagsumzug seit 2004 zu einem Familienkarneval-Höhepunkt entwickelt hat.** Diskutiert wird derzeit in Karnevalisten- und Rathauskreisen, als Reaktion auf die neue Osnabrücker Lage den Karnevalsamzug auf den Samstag vorzuziehen. Eine Entscheidung soll in den kommenden Tagen fallen.

Franz Josef Achilles vom **Ostercappeller Karnevalsverein** steht in dem neuen Konzept „eine einmalige Chance, den Karneval qualitativ wieder nach vorn zu bringen“. Ein Teil des Brauchtums gehe vielleicht verloren, sagte Achilles. „Ich

bin aber überzeugt, dass nach zwei oder drei Jahren der Umzug qualitativ viel besser ist.“ Achilles erwartet wieder mehr Familien beim Karneval, die Route durch die Große Straße sei besser und den „Brennpunkt Haarmannbrunnen“ gebe es dann nicht mehr. Und ein großer Gewinn sei die Kooperation zwischen dem Stadtmarketing, der Stadt und dem Karneval. „Das hatten wir noch nie und ist eine riesige Chance“, sagte Achilles. Mit zwei Wagen und 107 **Leuten war die Blau-Weiße Garde** beim Ossenstagsumzug vertreten, und auch 2010 wollen die Jochen wieder mitziehen. Doch Karnevalspräsident Rudolf Hoffmann betrachtet die Pläne der Stadt mit Sorge: „Für mich sieht das nach einer Kommerzialisierung des Karnevals aus“, kritisiert der Ruller. „Die Kultur von un-

ten, ohne viel Geld, geht meiner Meinung nach verloren.“ Aber die Blau-Weiße Garde werde sich den Ideen der Stadt und des City Marketings zunächst nicht verschließen. „Viele Vereine werden aber logistische Probleme bekommen.“ Die benötigten den Sonntag, um ihre Wagen abzubauen. „Die leihen sich die Fahrzeuge bei Speditionen, am Montag müssen die doch wieder fahren.“ Dieses Problem haben die Ruller nicht. Sie richten ihren Wagen schon für die nächste Session her.

Kritik übt Friedrich Fischer, Ehrensenator der Karnevalsgesellschaft im **Schützenverein Ohrebeck-Hasberger**. Die Vereine der Region seien nicht angemessen beteiligt worden. „Wenn man eine Veranstaltung gemeinsam trägt, darf man auch erwarten, dass man bei wichtigen Entscheidungen mit ein-

gebunden wird“, sagte Fischer. Die Hasberger nehmen mit einem Festwagen und Musikkapelle am Ossenstagsamstag teil. „Wenn der Ossenstagsamstag jetzt auf den Sonntag verlegt wird, ist die Folge, dass wir den Wagen und die Kapelle für unseren eigenen kleinen Umzug, der mit dem Rathaussturm endet, selber brauchen.“

Die Äußerung von BOK-Chef Rainer Möllers, dass die kleinen Gemeinden wie die Stadt Osnabrück ihre Umzüge verlegen könnten, könne er nicht nachvollziehen. „In Hasbergen wird an dem Sonntag der gesamte Ort mit ins Geschehen eingebbracht“, sagte Fischer. Solche Traditionen könne man nicht einfach aufgeben. „Wir werden auf jeden Fall zunächst an unserer eigenen Tradition festhalten und dann sehen, wann für uns eine Veränderung sinnvoll ist.“

„Bad Iburg ist definitiv gegen eine Verlegung.“ Die Argumente sind an den Haaren herbeigezogen, denn getrunken und Müll produziert wird an allen Tagen, sagte der Präsident der roten Hähne, Claus Wiemann. Bislang war Iburg immer am Ossenstagsamstag dabei, der Wagen wurde dann abgebaut, und ab Sonntagmittag waren die Karnevalsfreunde in der Realschule Iburg damit beschäftigt, den Kinderkarneval am Rosenmontag vorzubereiten. Dies wollen die Hähne fortsetzen. Damit hat sich die Teilnahme am Umzug in Osnabrück erledigt. „Pistorius scheint kein Karnevalsfreund zu sein“, sagt Wiemann. „Wir sind todtraurig, zumal unser Verein nächstes Jahr 75 Jahre alt wird. Dass in Osnabrück jetzt drei Partys gefeiert werden, ist hirng.“

Ausschnitt aus:

102

vom: 25.8.07

Ausschnitt erhält:

- OB
 Ratsfraktionen
 Dez. 1, 2, 3
 FB

Ende des Ossensamstags eingeläutet

Konzept für Osnabrücker Karneval vorgestellt: Umzug künftig am Sonntag

lauf OSNABRÜCK. Straßenumzug am Sonntag, dafür samstags eine Karnevalsfeier und donnerstags Weiberfastnacht mit Bühnenprogramm – so sieht das Konzept für den Karneval in Osnabrück aus, das gestern Oberbürgermeister Boris Pistorius und Rainer Möllers, Präsident des Bürgerausschusses Osnabrücker Karneval (BOK), vorgestellt haben.

„Drei tolle Tage in Osnabrück“ könnte demnach künftig das Motto des Karnevals heißen. „Mit dieser neuen Positionierung sollen neue Zielgruppen angesprochen werden“, erklärte Oliver Mix von der Osnabrück Marketing- und Tourismus GmbH. Für die Weiberfastnacht ist ein Bühnenprogramm vorgesehen, das „Kult werden“ und die Osnabrücker in die Innenstadt ziehen soll – das käme dann auch den Gastronomen in der Altstadt zugute.

Für den Ossensamstag ist eine Karnevalsfeier vorgesehen. Als möglichen Veranstaltungsort nannte Mix den Rosenhof als „alte und neue Räumlichkeit“.



Symbollisch zu Grabe getragen wurde der Ossensamstag bereits in diesem Jahr. 2010 soll zwar dem Konzept von Stadt, BOK und OCM zufolge eine Fete am Samstag steigen, der Umzug jedoch auf den Sonntag verlegt werden.

Foto: Michael Heilmann

b.w.

Und schließlich: der Karnevalssonntag. Um 13 Uhr soll der Umzug starten. Als neue Route durch die Fußgängerzone ist die Strecke von der Johannisstraße über die Große Straße, den Nikolaiort und den Domhof bis hin zum Markt im Gespräch. Insgesamt soll der Karne-

val professioneller werden – neben der Stadt und dem BOK soll das Osnabrücker City Marketing (OCM) als Vertragspartner für mehr Planungssicherheit sorgen und sich mit 25 000 Euro an dem Osnabrücker Karneval beteiligen. „Der Karneval soll eine Marke werden und ein neues Image erhalten“, so Mix.

„Das ist alles nur ein Grob-

konzept“, betonte Pistorius mehrfach, als sich der ein oder andere Karnevalsverein skeptisch zeigte. „Ich bin dagegen, auf den Sonntag zu gehen mit dem Hinweis auf die Alkoholexzesse. Die haben wir auch an der Maiwoche, das ist kein originäres Problem des Karnevals“, sagte Peter Kliemann von der Haster Karnevalsgesellschaft.

Pistorius konterte: Er könne es selbst nicht erklären, aber nach seiner Beobachtung seien die Exzesse während der Maiwoche längst nicht so heftig ausgefallen wie am Osssensamstag. Die Sorge einiger Karnevalsvereine, künftig entweder auf den Osnabrücker Straßenkarneval oder auf den Umzug in ihrer Ge-

meinde verzichten zu müssen, wollte BOK-Chef Rainer Möllers nicht gelten lassen: „Wenn wir als Stadt einen Umzug verlegen können, können ihn die kleinen Gemeinden auch verlegen.“

Jetzt ist zunächst der BOK am Zug. Sollte der Bürgerausschuss dem Konzept zustimmen, ist es Sache des Rates, ihn zu verabschieden.

KOMMENTAR

Eine große Chance

Von Cornelia Laufer

Den Samstagsumzug opfern, um den Karneval zu erhalten – das ist die Idee, die hinter dem Konzept von Stadt, BOK und OCM steht. Während der Osssensamstag in den vergangenen Jahren immer mehr zum Anlass eines hemmungslosen Besäufnisses verkommen ist, soll sich der Karneval nun wieder auf das besinnen, was er eigentlich ist: ein volkstümliches Fest für die Familie. Dafür ist ein neuer Weg nötig – der sicherlich zunächst un bequem ist. Doch die Bilder, die in einem Tagesthemmen-Bericht über den Osssensamstag gezeigt wurden, möchte sicher kein Karnevalist in den kommenden Jahren wieder sehen. Nun ist es an den Karnevalsvereinen, eine Entscheidung zu fällen. Sollten sie das Konzept ablehnen, verspielen sie eine große Chance. Eine Chance auf einen Karneval ohne Exzesse, für die sich Osnabrück in der Öffentlichkeit schämen muss.

c.laufer@neue-oz.de

Hafen

Ausschnitt aus:

Prof. Dr. J. Heister

vom: 20.8.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Dez. 1, 2, 3 FB STW, WFO

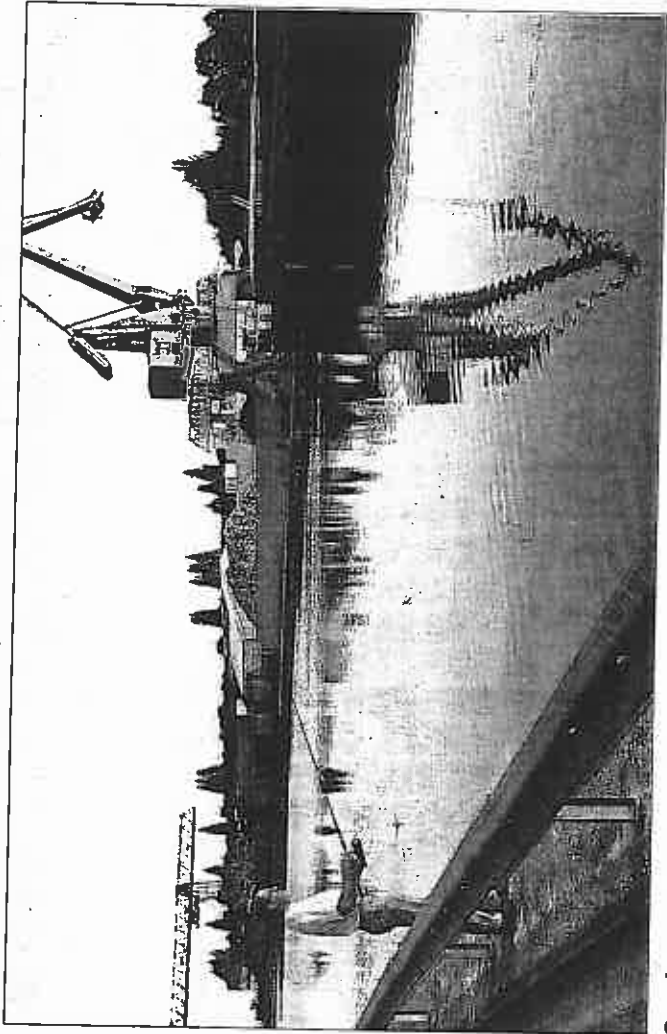
Flaute am Kai in den Binnenhäfen

Im Osnabrücker Hafenbecken schwimmen zurzeit vor allem die Enten

Idyllisch funkeln die Sonnenstrahlen auf dem Wasser des Osnabrücker Hafens. Ein paar Enten schwimmen zwischen den Kaimauern umher. Sie haben jede Menge Platz, denn in den Hafenbecken herrscht derzeit kaum Betrieb. Lediglich ein einzelnes Frachtschiff hat festgemacht. Es ist unübersehbar: Der Osnabrücker Hafen leidet wie viele andere auch unter der Wirtschaftskrise.

Von Guido Heister

dpa **OSNABRÜCK.** Im Schnitt müssten die Binnenhäfen dieses Jahr mit einem Minus beim Umschlag von 25 Prozent rechnen, heißt es beim Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen (BÖB). Vor allem der Containerverkehr und das Stahlgeschäft seien von dem Rückgang betroffen, sagt BÖB-Geschäftsführer Karl Michael Probst. Zwar gebe es in jüngster Zeit Anzeichen für eine Besserung, von einer Erholung könne man aber noch nicht sprechen.



Geruhsames Angeln am stillen Wasser des Osnabrücker Hafens. Dort werden zurzeit deutlich weniger Güter umgeschlagen als vor der Wirtschaftskrise. Foto: dpa

In Osnabrück ist der Umschlag im ersten Halbjahr um bis zu 50 Prozent eingebrochen. 2008 waren im Stadthafen noch 1,24 Millionen Tonnen umgeschlagen worden. In diesem Jahr erwarten die Stadtwerke als Betreiber gerade einmal noch 800 000 Tonnen, was einem Rückgang um ein Drittel entspricht. In Oldenburg ist die im Binnenverkehr umgeschla-

gene Gütermenge vergleichsweise moderat um 13,5 Prozent zurückgegangen. Zudem kann das Minus durch ein Plus im Seeverkehr aufgefangen werden. Dagegen melden die Städtischen Häfen Hannover ebenfalls ein kräftiges Minus. Für das erste Halbjahr 2009 erwarten sie einen Umsatzrückgang von 20 bis 25 Prozent.

Erschwert wird die Lage für die Häfen durch die Kon-
Ausbau ihrer Zufahrtswege

zu den Hauptschiffahrtsrouten, um diese auch für größere Schiffe passierbar zu machen. In Osnabrück etwa sind schon über 40 Millionen Euro in die Verbreiterung des dortigen Stichkanals geflossen. Bevor aber Großmotorgüterschiffe den Hafen anlaufen können, müssen Bund und Land die zugehörigen Schleusen ausbauen. Kostenpunkt: weitere 90 Millionen Euro.

Dabei ist ungewiss, ob Osnabrücks Hafen an seinem jetzigen Standort überhaupt erhalten bleibt. Denn der Hafenbetreiber Stadtwerke als auch der Landkreis können sich nach eigenen Angaben einen Umzug des Hafens an den Mittelkanal bei Bohmte vorstellen. Es sei aber noch nichts entschieden, heißt es.

Wie man neues Leben in den Hafen holt, hat Osnabrücks Nachbarstadt Münster vorgelebt. Die Stadt gab Teile des Hafens für eine neue Nutzung frei. In den Speichern siedelten sich Verlage, Ateliers, Architekturbüros und Gastronomie an, zudem entstanden moderne Bürobauten. Statt Gütern werden an den Mauern des „Kreativkais“ jetzt Ideen umgeschlagen.

Arbeitsplätze erhalten

Zum Artikel „Was wird aus dem Stadthafen? – Umschlag bricht um 50 Prozent ein – Neue Analyse in Arbeit“ (30. Juli 2009).

„[...] Der Hafen von Münster ist auf dem Foto schön anzusehen, aber um eine Ausgeh- und Kulturmeile zu schaffen, bedarf es gewaltiger Investitionen. Der Bedarf ist außerdem fraglich. Des Weiteren kann man Münster mit Osnabrück nicht vergleichen: Münster liegt direkt an der Strecke des Dortmund-Emskanals und hat außerhalb des Hafenbeckens noch einige Umschlagplätze. Vergleichen muss man den Stichkanal Osnabrück mit dem Stichkanal Hildesheim.

Der Stichkanal Hildesheim (SKH) ist etwas länger als der Stichkanal Osnabrück (SKO). Der SKH bekommt jetzt eine neue Schleuse für circa 60 Millionen Euro. Anschließend muss der Kanal vertieft und die Böschung erhöht werden. Dabei können noch mal Baukosten von circa 75 Millionen Euro dazukommen. Durch diese Baumaßnahmen ist Hildesheim mit dem Großmotorgüterschiff (GMS) zu erreichen. Die GMS können das Zweieinhalbfache der jetzigen Schiffe befördern. Das Gleiche gilt für den SKO, wo noch zwei neue Schleusen gebaut werden müssen. Durch den Ausbau verkürzt sich außerdem die Fahrt vom Mittel-

landkanal zum Hafen von circa 3,5 auf zwei Stunden.

[...] Was hat der Hafen in Bohmte für Vorteile? Für den wegfallenden Schleusenbau kann man 90 Millionen Euro sparen. Dagegen kommen für die erste Ausbaustufe in Bohmte 58 Millionen Euro Kosten zusammen. Laut Gutachter wäre ein Neubau nicht ohne Risiko. Dazu kommt noch, dass der Bahnanschluss zum Hafen gelegt werden muss, die B 51 ausgebaut werden muss und die Verbindung zur A 33 beziehungsweise A 1 ungünstig ist. Dann muss man bedenken, dass man die Ladung von einem GMS mit siebzig 30-Tonner-Lkw von Bohmte nach Osnabrück in je 1,7 Minuten schaffen müsste, um mit dem GMS auf dem Stichkanal gleichzuziehen.

[...] Was hat der Hafen in Osnabrück für Vorteile? Zurzeit sind mindestens acht Firmen im Hafen ansässig, die den Kanalanschluss nutzen. Darunter auch die Firma Bergschneider, die Sand, Kies und Steine für viele Firmen bereithält. Umfangreiche Gleisanlagen und direkter Anschluss zur Autobahn sind vorhanden. Außerdem bietet der Hafen über 2000 Arbeitsplätze. Soll man für zig Millionen Euro Firmen umsiedeln und den Menschen die Arbeitsplätze nehmen?“

Franz Heldemann
Hammerweg 2
Osnabrück

Ausschnitt aus: Westfälische Nachrichten

vom: 1.8.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Dez. 1, 2, 3 FB STW

Was wird aus dem Hafen?

Umschlag bricht um die Hälfte ein / Alternative in Bohmte?

-hin- Osnabrück. Die Wirtschaftskrise hat den Hafenumschlag im ersten Halbjahr einbrechen lassen. Zum Teil gingen die Mengen um 50 Prozent zurück, wie Stadtwerke-Vorstand Stephan Rolfes auf Anfrage bestätigte. Der Osnabrücker Hafen nimmt da keine Sonderstellung ein. Alle Seehäfen meldeten in dieser Woche Rückgänge in ähnlicher Größenordnung: Papenburg minus 59 Prozent, Emden minus 31 Prozent.

Dennoch: Angesichts der Diskussion um die Zukunft des Stadthafens bekommt dieser Rückschlag eine besondere Note. Die Stadt lässt zurzeit eine Potenzialanalyse erstellen. Die Firma ISC-Baltic Consult GmbH in Lübeck hat den Auftrag, die Zukunftschancen des Hafens auszuloten. Die Kosten von 25 000 Euro zahlen die Stadtwerke.

Treibende Kraft ist die städtische CDU. Burkhard Jasper und Josef Thöle halten es für fatal für den Wirtschaftsstandort Osnabrück, wenn weiter allein ein Ausbau des Hafens in Stirpe-Oelingen (Bohmte) in Betracht gezogen wird. Der Landkreis sieht dort das größere Entwicklungspotenzial und ist darin in einer gemeinsam mit den Stadtwerken in Auftrag gegebenen Studie bestärkt worden.

Die neue Potenzialanalyse soll einen Kontrapunkt setzen und zeigen, ob und in welcher Form der Stadthafen zukunftsfähig gemacht werden kann. Die Experten sprechen mit den Hafenanrainern über deren Entwicklungsperspektiven und untersuchen die

freien Flächen. Der Landkreis ist an dieser Studie nicht beteiligt.

Im Vorjahr erreichte der Osnabrücker Hafen mit 1,24 Millionen Tonnen einen Höchststand. 665 000 Tonnen wurden auf Schienen bewegt, 572 000 Tonnen auf dem Wasserweg. Stephan Rolfes erwartet in diesem Jahr eine Gesamtmenge von vielleicht 800 000 Tonnen, ein Drittel weniger. Das Ziel sei nur zu erreichen, wenn die Konjunktur wieder etwas anziehe. Im ersten Halbjahr wurden 360 000 Tonnen umgeschlagen.

Hauptnutzer des Hafens sind der Schrotthandel Rohstoff-Recycling RRO, die Papierfabrik Ahlstrom, die Piesberger Steinindustrie und der Mineralölhandel. RRO beliefert das Stahlwerk in Georgsmarienhütte und geriet direkt in den Sog der Wirtschaftskrise. Schon im Dezember 2008 brach der

Schrotturnsatz dramatisch ein, wie RRO-Geschäftsführer Dr. Knut Schemme sagt. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres lag die Auslastung nach seinen Angaben bei nur 50 Prozent. Er ist aber guter Hoffnung, dass sich die Zahlen in der zweiten Jahreshälfte bessern und am Ende etwa 75 Prozent des Vorjahresvolumens erreicht werden. Für 2010

„Wir kommen mit den Gegebenheiten klar“

Dr. Knut Schemme

rechnet er mit einem Mengenumschlag „böher als 2009“. Was darüber hinaus geschehe, könne keiner vorhersagen. Deutliche Mengensteigerungen über das Niveau von 2008 hinaus werde es so schnell nicht geben.

Käme ein Umzug nach

Bohmte infrage? Schemmes eindeutige Antwort: „Nein – es sei denn, jemand würde uns den Umzug bezahlen.“ Ein Standortwechsel würde eine zweistellige Millionen-summe erfordern. Der Standort im Stadthafen biete sehr gute Bedingungen für Bahn, Lastwagen und Schiff. Für RRO bestehe überhaupt keine Notwendigkeit, über einen Umzug nachzudenken. Die Kanal- und Schleusenkapazitäten reichten aus. Sicher wäre ein Ausbau der Schleusen wünschenswert, weil dann größere Schiffe einfahren könnten und die Transportkosten sanken. „Wir kommen mit den Gegebenheiten aber klar“, sagt Schemme.

Größere Mengen-Zuwächse sind auch in den anderen Branchen nicht zu erwarten. Das in der Papierfabrik geplante Kraftwerk, das Ersatzbrennstoff (EBS) aus Müll verbrennen soll, wird den Hafenumschlag ebenfalls kaum befördern. Denn ein Teil des Brennstoffs würde aus der nahen Herhof-Anlage geholt, der andere Teil über Schiene und Straße rollen müssen.

Eine ganz andere Entwicklung hat der Hafen Münster genommen. Die denkmalgeschützten Speicher und moderne Neubauten sind Anziehungspunkt für Ateliers, Architekturbüros, Verlage, Szenetreffe und Gastronomie geworden. Auch das Wolfgang-Borchert-Theater und die städtische Ausstellungshalle Zeitgenössische Kunst sind hier angesiedelt. Der Hafen brummt. Aber anders.

| Zum Thema

Zum Thema

Schleusenausbau oder neuer Hafen?

41,9 Millionen Euro sind bislang in den Ausbau des Stichkanals geflossen. Der Kanal ist jetzt breit genug für das 110 Meter lange Großmotorgüterschiff (GMS). Aber: Solange die Schleusen in Hollage und Haste (Länge: 82 Meter) nicht erneuert sind, kann ein solches Schiff Osnabrück nicht anlaufen. Der Ausbau der Schleusen soll noch einmal mindestens 90 Millionen Euro

kosten. Das müssen Bund und Land zahlen, Hafenausbau ist Sache der jeweiligen Kommune. Stadt und Landkreis denken über einen neuen Hafen am Mittellandkanal in Bohmte nach. Eine Machbarkeitsstudie sagt, dass der Neubau in Bohmte einer Modernisierung des Stadthafens vorzuziehen wäre. Die Millionen für die Stichkanal-Schleusen sollten besser in den Neubau umgeleitet werden.

*Allgemeine
Presse-
informationen*



Ausgabe August 2009



Sehr geehrte Damen und Herren,
mit dem neuen Osnabrücker Rats-Report informiert die CDU-Fraktion alle
CDU-Mitglieder über die aktuelle Fraktionsarbeit. Über Rückmeldungen, Anregungen oder Kritik würden wir
uns freuen. Ihr

Fritz Brickwedde
Fraktionsvorsitzender

CDU begrüßt die geplante Fusion von Eigenbetrieb Grünflächen und Friedhöfe sowie Abfallwirtschaftsbetrieb

Positiv bewerten CDU-Fraktionschef Fritz Brickwedde sowie die beiden zuständigen Fraktionsmitglieder in den entsprechenden Werksausschüssen Josef Thöle (Pye) und Björn Meyer (Schlöterberg/Fledder) die geplante Fusion der Eigenbetriebe Grünflächen und Friedhöfe bzw. Abfallwirtschaft.

„Der neue Eigenbetrieb, der unter dem Oberbegriff „StadtService“ entstehen soll, bietet große Chancen“, betont Fritz Brickwedde. „Nach Auskunft des Oberbürgermeisters werden die zurzeit drei Abteilungen des Abfallwirtschaftsbetriebes, die vier Abteilungen des Eigenbetriebes Grünflächen und Friedhöfe und der Bauhof zu sinnvollen und effektiven Einheiten zusammengefasst“, weiß Josef Thöle zu berichten. „Die geplante Zusammenlegung bietet vor allem unter wirtschafts- und finanzpolitischen Gesichtspunkten große Chancen für die Stadt Osnabrück“, betont Björn Meyer. Darunter falle beispielsweise ein effizienterer Einkauf von Betriebsmitteln und -stoffen, effizienterer Einsatz von Maschinen und Geräten, abgestimmtere Prozessabläufe oder Synergien im Verwaltungsbereich, wie die Vereinheitlichung des Rechnungswesens oder rationalerer Personaleinsatz.

An erster Stelle stünden für die drei CDU-Politiker allerdings die Weiterentwicklung und weitere Verbesserung des Serviceangebotes innerhalb der Stadt Osnabrück

CDU bedauert Entscheidung von Kristina Wulf, Osnabrück zu verlassen – Forderung nach Sanierung untermauert

Die CDU-Stadtratsfraktion bedauert zutiefst die Entscheidung von Kristina Wulf, Osnabrück zu verlassen und die Position in Aachen annehmen. Ein großer Verlust für Osnabrück und vor allem für die OsnabrückHalle, betonte Irene Thiel, Aufsichtsratsvorsitzende der OsnabrückHalle. „Ihr persönliches Engagement und ihre hohe fachliche Kompetenz waren für Osnabrück und die OsnabrückHalle ein nicht zu unterschätzender Wert. Vor allem im Verhalten des Oberbürgermeisters sieht die CDU den Grund für Wulfs Entscheidung.

„Man kann den Eindruck gewinnen, dass Herr Pistorius an starken Geschäftsführerinnen nicht interessiert ist. Insbesondere der Umgang mit Frau Wulf im Zuge der Arena-Planung habe dies deutlich gemacht“, mahnt Irene Thiel.

Die CDU unterstützt weiterhin die Forderungen der scheidenden Hallenchefin, nun endlich einen klaren Stufenplan aufzustellen, um „nicht weiter den Mangel zu verwalten und Löcher zu stopfen, sondern die OsnabrückHalle nach vorn zu bringen“. Die Sanierung der Halle, auch unter energetischen Gesichtspunkten, die weitere Verbesserung der technischen Standards, bspw. durch die Anpassung der Bühne und die Einrichtung einer ausfahrbaren Tribüne sowie weitere Investitionen sind nun notwendig, um die Zukunftsfähigkeit der Halle zu sichern und damit auch den Veranstaltungsort Osnabrück weiter zu stärken und die Attraktivität zu erhöhen so Thiel.

„Der notwendige Umbau der OsnabrückHalle muss nun durch einen entsprechenden politischen Beschluss untermauert werden“, so Burkhard Jasper, Vorsitzender des Finanzausschusses. „Auch bei der gegenwärtigen schwierigen Haushaltssituation müssen die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.“ Dabei solle genau überlegt werden, welche Finanzierungswege gewählt werden.

CDU und FDP fordern kooperative Gesamtschule am Standort Eversburg

Nach dem hausgemachten Debakel von Oberbürgermeister, SPD und Grünen sind schnellstens Entscheidungen fällig, um den zu Recht völlig enttäuschten und verunsicherten Eltern, Lehrern und Schülern neue Perspektiven aufzuzeigen. Deshalb setzen sich CDU und FDP am Schulstandort Eversburg für eine kooperative Gesamtschule ein. Eine zweite kooperative Gesamtschule in Osnabrück ist sinnvoll. Der Schulstandort Eversburg braucht klare Verhältnisse. Der Zulauf zur kooperativen Gesamtschule Schinkel zeigt deutlich, dass Eltern diese Schulform schätzen. Deshalb soll sich eine Gesamtschule Eversburg am Muster Schinkel orientieren.

Ansprechpartner: Benedikt Holz
Rathaus/Eierstr. 28, 49074 Osnabrück, Tel 0541/ 323-2021 Fax 0541/ 27217

- an Pressevertreiter
am 11.8.2009
- Fraktion z.H.



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Benedikt Holz

Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541) 323-4300

Telefax (0541) 27217

holz@osnabrueck.de

www.cdu-osnabrueck.de

Pressemitteilung Nummer 16/2009

11. August 2009

Förderschwerpunkt Sportstätten ist Teil des Konjunkturprogramms II – und Ziel ist eine schnelle Umsetzung von Investitionen zur Arbeitsplatzsi- cherung

Die aufgeführten 628.550 Euro für die Sporthalle der Albert-Schweitzer-Schule/Heilig-Geist-Schule sind bei einer Gesamtfördersumme von 34 Millionen ein „mehr als ordentliches Stück vom Kuchen“, wie die Landtagsabgeordnete Annette Meyer zu Strohen ganz deutlich klarstellt. Die Festlegung des Landes war daher ganz unbürokratisch, die Anträge nach Alter, angefangen bei den ältesten, abzuarbeiten und so auch eine schnelle Zuteilung der Mittel zu ermöglichen – um gerade jetzt die Konjunktur zu beleben. Das Ministerium habe aufgrund der Vorgaben des Zukunftsinvestitionsgesetzes sicherstellen müssen, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket möglichst schnell in der Wirtschaft ankommen. Ziel sei es daher gewesen, über alle Anträge noch vor den Sommerferien zu entscheiden.

Außerdem sei nach der Förderrichtlinie neben einer regional ausgewogenen Mittelverteilung insbesondere das Alter der zu sanierenden Turnhalle „erheblich“. Von der überwiegenden Anzahl der Kommunen sei das Alter der Anlagen bei der Antragstellung berücksichtigt worden.

Die regionale Ausgewogenheit sei dadurch sichergestellt worden, dass keine kommunale Körperschaft mehrere Förderungen erhalten habe. Die Feststellung, dass eine Sanierung aufgrund fehlender Eigenmittel der Stadt unrealistisch sei - wie die SPD richtigerweise erkannt hat - offenbart umso deutlicher die Notwendigkeit einer Sanierung des Haushaltes.

gez. Anette Meyer zu Strohen

(CDU-Landtagsabgeordnete)

an Presseverteiler
am 14.8.2009



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Benedikt Holz

Fraktionsgeschäftsführung

Telefon (0541) 323-4300

Telefax (0541) 27217

holz@osnabrueck.de

www.cdu-osnabrueck.de

**Pressemitteilung
Nummer 17/2009**

14. August 2009

CDU-Fraktion besucht Freiwillige und Berufsfeuerwehr in Osnabrück

Dr. Fritz Brickwedde und Björn Meyer: „Kontakt zur Feuerwehr noch weiter intensivieren!“

Im Rahmen der Zielsetzung, den Brand- und Katastrophenschutz sowie den Rettungsdienst als Teil der Inneren Sicherheit politisch weiter voranzubringen, besucht die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Osnabrück in den nächsten Wochen alle Freiwilligen Ortsfeuerwehren Osnabrücks sowie die beiden Wachsichten der Berufsfeuerwehr.

Nach den Worten des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Fritz Brickwedde sowie des feuerwehrpolitischen Sprechers und stellvertretenden Vorsitzenden des Feuerwehr- und Ordnungsausschusses, Björn Meyer, dienten die Besuche vor allem der Intensivierung des Kontaktes und der Kommunikation mit den - häufig ehrenamtlich - in der Hasestadt tätigen Feuerwehrleuten. Dabei lobten die Christdemokraten die offene, hilfsbereite und engagierte Einstellung aller Beteiligten. „Die Feuerwehren gehören zu den Institutionen, die im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Arbeit unheimlich viel an Eigenleistungen erbringen, um anschließend, auch unter Einsatz der eigenen Gesundheit, ja des eigenen Lebens, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt helfen können!“ Dieses beispielhafte Verhalten sei nicht hoch genug zu würdigen und

bitte wenden

verdiene die uneingeschränkte Unterstützung aller in unserer Gesellschaft Verantwortung tragenden Menschen.

In den letzten Jahren wurde bereits durch die Verwaltung sowie die Politik einiges erreicht, gerade in 2008 seien doch eine Fülle von Investitionen auf den Weg gebracht worden. Aber es müsse auch zukünftig alles getan werden, um die Feuerwehr - auch in finanziell schwierigen Zeiten - auf einem hohen Niveau zu halten. Ansonsten leide zwangsläufig die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, was es unbedingt zu verhindern gelte, so Dr. Fritz Brickwedde und Björn Meyer abschließend!

gez. Dr. Fritz Brickwedde
(CDU-Fraktionsvorsitzende)

gez. Björn Meyer
(Feuerwehrpolitischer Sprecher)

Gesamtschule, Haushalt, Karneval -

Konfrontation statt Sommerinterview - Neue OZ bewertet, Pistorius kontert:

wie geht es weiter, Herr Pistorius?

Der Oberbürgermeister hat nicht die alleinige Entscheidungsgewalt

Interview aus der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 15. August 2009

Von Wilfried Hinrichs

Die Ferien sind vorbei, die politische Genos
merpause auch. Oberbürgermeister
Pistorius steht zum Start ins zweite
jahr vor schwierigen Aufgaben. Wil
die wichtigen Projekte durchleuchtet
Thesen aufgestellt und den Oberbür
meister zur Gegenrede aufgefordert.

swa OSN
neuerb
tet das
deten
nwer
bescl
die T
Res
nw
alle

Gesamtschule

Enttäuschend

Neue OZ: Ein Desaster. Es ist müßig, die einzelnen Etappen der Gesamtschul-Diskussion in der Stadt aufzufächern und nach Ursachen zu forschen. Es ist der schlimmste Fall eingetreten: Die Landesschulbehörde hat die Pläne für Eversburg gestoppt, weil die Elternbefragung keinen ausreichenden Bedarf nachgewiesen hat. Es gibt vorerst keine zweite Gesamtschule in Osnabrück. Eltern, Lehrer und Schüler sind irritiert. Im Schulzentrum Eversburg und an der Käthe-Kollwitz-Schule herrscht Ratlosigkeit.

In der entscheidenden Ratssitzung begründete Pistorius die Wende der Verwaltung hin zur Gesamtschule in Eversburg und bat die evangelische Kirche für etwaige Verstimmungen um Entschuldigung. Das war ein starker Auftritt, aber das Endergebnis ist enttäuschend und indiskutabel. Dabei war er im ersten Leben Leiter der Landesschulbehörde in Osnabrück. In der Schulpolitik ist er zu Hause.

Während Pistorius jetzt die Scherben aufkehrt, beginnt die Diskussion von vorn. Die Käthe-Kollwitz-Schule erhebt erneut Anspruch auf eine Gesamtschule, CDU und FDP fordern eine Wiederaufnahme der Gespräche mit der evangelischen Kirche.

Legendenbildung

Pistorius: Es ist in der Tat ein Desaster, und zwar für die, um die es wirklich geht, nämlich die Kinder, die Eltern und die Schulen selbst. Zwischen 100 und 200 Ablehnungen in den vergangenen Jahren an der Gesamtschule Schinkel (in diesem Jahr aktuell 159) sprechen eine mehr als deutliche Sprache. Die Landesschulbehörde hat angekündigt, die Genehmigung für die Gesamtschule nicht zu erteilen. Bevor sie einen ablehnenden Bescheid erläßt, hat sie uns Gelegenheit gegeben, noch einmal Stellung zu

nehmen. Dies ist im Verwaltungsverfahren so üblich. Wir haben dieses getan und den Verantwortlichen mit deutlichen Worten klargemacht, wie wir den Vorgang beurteilen. Am Dienstag habe ich zusammen mit meiner Vorstandskollegin Frau Rzycki dem zuständigen Staatssekretär Dr. Althausmann im Kulturministerium den Inhalt dieser Stellungnahme und weitere Argumente dargelegt. Die Stellungnahme selbst ist am Mittwoch offiziell abgeschickt worden.

Übrigens: Alle vergleichbaren Städte in Niedersachsen haben bereits mehrere Gesamtschulen, Oldenburg ist gerade auf dem Weg, eine dritte einzurichten.

Was die Gespräche und Verhandlungen mit der Evangelischen Kirche angeht, möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen: Die Verhandlungen sind im Zusammenhang mit dem Ratsbeschluss zur Einrichtung einer weiteren Gesamtschule in Osnabrück beendet worden. Die Landeskirche hat kein Interesse, erneut in die Verhandlungen über eine Gesamtschule in kirchlicher Trägerschaft einzusteigen. Alles andere sind Legendenbildungen aus interessierten politischen Kreisen.

→ bitte wenden

Haushalt 2010

Prinzip Hoffnung

Neue OZ: Im nächsten Jahr werden voraussichtlich 30 bis 40 Millionen Euro fehlen, um die laufenden Ausgaben zu bezahlen. Die Stadt muss ihr Girokonto mit über 120 Millionen Euro überziehen. Als ehemaliger finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion ist Pistorius nicht nur mit den Zahlen und Mechanismen des kommunalen Haushalts vertraut, sondern auch mit den politischen Zwängen, denen Kommunalpolitiker ausgesetzt sind. Wer sagt schon gerne Nein? Aber genau das müssen Pistorius und der Rat öfter tun, um Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. Die An-

kündigung, den Haushalt strukturell zu reformieren, ist bislang nicht umgesetzt. Die Stadt hängelt sich weiter von Jahr zu Jahr durch und hofft auf Sondereffekte wie 2008, als plötzlich 20 Millionen Euro mehr an Gewerbesteuer in die Kasse flossen. Pistorius arbeitet sich auf diesem Feld ab, ein Durchbruch ist ihm nicht gelungen. Auch weil die SPD ihm nicht folgte, als er den Verkauf der OPG vorantreiben wollte.

Gebühren erhöhen

Pistorius: Aber die CDU ist mir in dieser Frage auch nicht gefolgt, sondern hat ihre Zustimmung von der SPD abhängig gemacht. Aber selbst wenn der Verkauf der OPG möglich gewesen wäre, hätte uns das zwar eine Atempause ver-

schaft, aber eine Strukturreform eben auch nicht ersetzt. Und was glauben Sie, was wir für Probleme hätten, wenn wir noch die Bundesgartenschau zu stemmen hätten? Ich bin heute noch froh darüber, dass der Rat seinerzeit auf meinen Vorschlag hin mehrheitlich noch rechtzeitig der schönen Versuchung dieser Veranstaltung widerstanden hat.

Das Ziel ist klar, aber ein Durchbruch ist angesichts der Rahmenbedingungen, die sich im vergangenen Jahr bekanntlich dramatisch geändert haben, nicht möglich. Den Haushalt zu sanieren und zu konsolidieren bleibt eine ganz zentrale Aufgabe der nächsten Zeit. In den vergangenen Jahren ist der Haushalt jeweils fast einstimmig oder mit großer Mehrheit vom Rat verab-

schiedet worden. Dabei sind nicht alle Vorschläge der Verwaltung aufgegriffen worden. Die Beispiele sind bekannt. Wie schwierig dieses Feld ist, kann man sehr gut beim diesjährigen Haushalt erkennen: Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise mussten wir unseren ersten Haushaltsentwurf, der ausgeglichen war, revidieren und ihn dann mit etwas mehr als fünf Millionen Euro Defizit in die Beratung geben. Kurz nach der Beschlussfassung und der unter größten Anstrengungen von Rat und Verwaltung gemeinsamen auf den Weg gebrachten weiteren Einsparungen in Höhe von 4,7 Millionen Euro kam ein neuer Bescheid aus Hammover, der uns bei den kommunalen Finanzzuweisungen mal eben ein zusätzliches Defizit von 3,6 Millio-

nen Euro bescherte. Dagegen können sie strukturell nicht sparen. Das kann niemand auffangen, wenn nur rund 30 Millionen des gesamten Haushalts für freiwillige Leistungen ausgegeben werden und damit theoretisch für Einsparungen zur Verfügung stehen. Jede weitere Personaleinsparung zum Beispiel kann nur umgesetzt werden, wenn dafür Leistungen und Aufgaben für den Bürger wegfallen. Wenn aber gleichzeitig, was allgemeiner Konsens ist, beispielsweise neue Kitas geschaffen werden, entstehen dort sofort wieder neue Stellen, die bezahlt werden müssen. Aber es bleibt dabei: Die Finanzausstattung in den Kommunen ist zu abhängig von der Gewerbesteuer und ihren Schwankungen. Sie ist schlicht unzureichend bei gleichzeitig

ständig neu hinzukommenden neuen teuren Aufgaben. Und: Ich bin nicht bereit, unsere Stadt kaputtzusparen und sie als Standort für Familien, Arbeitnehmer, Unternehmen, Sport und Kultur unattraktiv zu machen. Dennoch will ich nicht verhehlen, dass wir in den kommenden Haushaltsberatungen auch über Gebührenerhöhungen und Leistungskürzungen nachdenken müssen. Hier müssen wir den Bürgern reinen Wein einschenken. Aber ich möchte auch daran erinnern, dass die Aufstellung und Verabschiedung des Haushaltes eines der ureigensten Rechte des Rates ist. Die Verwaltung kann Vorschläge machen, aber der Rat muss entscheiden.

Partner Landkreis

Voller Argwohn

Neue OZ: Traditionell beäugen sich Stadt und Landkreis Osnabrück argwöhnisch. Man arbeitet pflichtgemäß in einigen Bereichen wie im Gesundheitsdienst



Region – nur hohle Worte?

und bei der Kfz-Zulassung zusammen, aber wahre Liebe ist das nicht. An den Spitzen liegt es nicht, Pistorius und Landrat Manfred Hugo sind vernunftbegabte Politiker, die im Interesse der Region über ihren jeweiligen Schatten springen könnten. Es hakt auf politischer Ebene. Beispiel Hafen: Der Landkreis will den Hafen in Bohmte ausbauen, die Stadt (vor allem die CDU) verteidigt den Stadthafen. Beispiel Gastschulgeld, das der Landkreis an die Stadt zahlen muss für Kinder aus dem Umland, die in Osnabrück zur Schule gehen: keine Einigung in Sicht. Beispiel Volkshochschule: Fusion gescheitert. Pistorius ist als Brückenbauer gefragt. Keiner bezweifelt heute mehr, dass die Stadt bei der Gebietsreform vor 37 Jahren zu klein geschnitten wurde. Das ist wohl nicht rückgängig zu machen. Die Nachteile sind nur durch eine bessere Kooperation und ein wachsendes Bewusstsein für die Region auszugleichen. Herr Pistorius, gehen Sie voran.

Völlig unbelastet

Pistorius: Vorgehen ist nur dann wirklich einfach, wenn Ihnen keiner folgen muss. Und völlig sinnlos ist der Versuch, „über seinen Schatten zu springen“. Das ist nun wirklich eine zu triviale Beschreibung des Verhältnisses. Wir kooperieren, wo wir können, und wir konkurrieren, wo wir müssen. Vermeintliche Schatten spielen da keine Rolle. Aber nun zur Sache: Sind Sie schon mal mit einem Hafen umgezogen? Selbst playmobil-erfahrene Kinder wissen, dass das eine nicht ganz einfache Aufgabe ist. Vor allem auch deswegen, weil keiner mit Sicherheit vorhersagen kann, wie sich die Binnenschifffahrt in den kommenden 20 bis 40 Jahren entwickeln wird. Wir machen also gerade eine Rechnung mit zahlreichen Unbekannten auf und erwägen ergebnislos das Für und Wider. Daher gab es zunächst eine Untersuchung der technischen Machbarkeit für einen ge-

meinsamen Hafen am Mittellandkanal in Bohmte. Aus den sich daraus ergebenden Diskussionen folgte dann der Auftrag für eine Potenzialanalyse für den Stichkanalhafen in Osnabrück, die dessen Perspektiven untersuchen soll. All das ist ergebnislos und muss es auch sein, um eine ernsthafte Entscheidung in einer so wichtigen Frage treffen zu können.

Und was die Frage des Gastschulgeldes angeht, möchte ich daran erinnern, dass die Verwaltung einen Vertrag mit dem Landkreis ausgehandelt hatte, der uns über 100 000 Euro mehr gebracht hätte. Den hat der Rat der Stadt – aus meiner Sicht leider – abgelehnt, weil er damit nicht zufrieden gewesen ist. Unabhängig von solchen Schwierigkeiten, ist das Verhältnis von Landrat Hugo und mir völlig unbelastet. Aber wir wissen eben auch, dass wir keine Geschäftsführer von Unternehmen sind und dass die Zeit des Absolutismus in Deutschland vorbei ist.

Ossensamstag

Gute Gründe

Neue OZ: Es ist nur ein Randthema. Aber es ist hochemotional und kann zum Symbol für Gestaltungskraft, Integrations- und Durchsetzungsfähigkeit des Oberbürgermeisters werden. Es gibt gute Gründe für eine Neuausrichtung des Straßenkarnevals, die mit einer Verlegung auf den Sonntag verbunden wäre. Pistorius hat zwei Jahre die Strippen gezogen und Überzeugungsarbeit geleistet. Jetzt geht's auf die Zielgerade. Pistorius muss Fingerspitzengefühl beweisen, um das Erreichte nicht zu gefährden. Immerhin: Der neue

Karneval wäre etwas, was der OB als Erfolg für sich verbuchen könnte.

Purer Unsinn

Pistorius: Das ist doch Unsinn. Es geht bei diesem Thema nicht um meinen persönlichen Erfolg, sondern wir wollen und müssen etwas gegen das Komasaufen und die von allen bedauerten Auswüchse am Ossensamstag tun. Ich persönlich glaube, dass wir mit einem Ossensamstag besser klar kommen. Aber ohne die Karnevalisten geht es weder am Samstag noch am Sonntag. Aber noch einmal: So wie es ist, kann es nicht bleiben. Das schadet dem Ansehen des Karnevals und dem unserer Stadt, und darin sind sich alle einig. Deshalb sollten wir gemeinsam versuchen, dem entgegenzuwirken. Das ist für mich kein Prestigeobjekt, sondern ein besonderes Anliegen, und ich würde mich sehr freuen, auch die Skeptiker in den Karnevalsvereinen in der Stadt und der Region überzeugen zu können. Demnächst wird es in dieser Sache weitere Gespräche geben.



Neumarkt – weiter so?

Neumarkt

Problemgebiet

Neue OZ: Zuerst Stillstand, jetzt erste Verfallserscheinungen. Der ehemalige Wöhrl-Komplex ist ein städtebauliches Problemgebiet geworden. Alle Versuche des Oberbürgermeisters, den Chefs der Immobilienfonds die Bedeutung dieses Platzes für Osnabrück bewusst zu machen und die Vermarktung voranzutreiben, sind ohne erkennbare Ergebnisse geblieben. Und dann kam auch noch die Finanzkrise dazu. Osnabrück spielt im Konzert der Großen keine Rolle. Der Neumarkt ist eine ewige Baustelle, auf der sich auch Pistorius bislang erfolglos abmüht.

Bohren und drängen

Pistorius: Und als Nächstes machen Sie mich noch

für den Abstieg des VfL verantwortlich?! Der Schutz des Privateigentums ist ein hohes Gut in unserer Gesellschaft. Daher können wir die Eigentümer dieser Immobilien nicht einfach enteignen. Gerade am Neumarkt können Sie aber die schwierigen Seiten der Globalisierung erleben: Für uns ist der Neumarkt ein zentraler Baustein der Stadtentwicklung, für die international operierenden Eigentümer aber eine kleine Immobilie unter vielen anderen. Trotzdem haben Rat, Verwaltung und ich alles getan, was von uns getan werden konnte. Gerade aktuell laufen wieder Gespräche zwischen Eigentümern und möglichen Investoren, die hoffentlich schon bald zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden können. Ich bohre und dränge und mache das städtische Interesse dabei immer wieder deutlich.

Arena

Nicht nachlassen

Neue OZ: Pistorius stoppte das Projekt, als das Land Nein sagte zur Übernahme der Stadthalle. Das hatte er von Anfang an so angekündigt, das war konsequent. Und trotzdem wird ihm das Aus für die Arena in der öffentlichen Wahrnehmung als Niederlage angekreidet. Nachlassen darf Pistorius in der Sache nicht, denn Osnabrück braucht eine moderne Halle für hochklassigen Sport mit vielen Zuschauern. Die Schlosswallhalle ist schlicht veraltet.

Keine Niederlage

Pistorius: Für mich ist völlig neu, dass das „Nein“ der niedersächsischen Landesre-

zum Kauf der Stadthalle für die Universität eine Niederlage für mich bedeutet. Ich kenne nur einen, der das macht, und das sind Sie, lieber Herr Hinrichs. Ich höre in der Stadt nur Stimmen, die sagen, wenn es nicht geht, dann geht es nicht, schade! Außerdem sitzen Sie jetzt selbst in der Falle: Sie drängen einerseits auf einen ausgeglichenen Haushalt, fordern aber andererseits die Investition für eine neue Arena. Wie soll das funktionieren? Sie können schlecht einerseits meine konsequente Haltung loben, um sie andererseits zu kritisieren. Wir haben die Machbarkeit prüfen lassen und haben ein Ergebnis erhalten, das uns aufzeigt, unter welchen Umständen eine solche Halle in Osnabrück betrieben werden kann. Wir können aber unmöglich eine Arena und eine Stadthalle verkraften – da beide auf einen Zuschuss aus städtischen Mitteln angewiesen wären und wir uns das nicht leisten können. Da das Land Niedersachsen die Stadthalle nicht kaufen wollte, können wir eine neue Arena nicht bauen. Das Ergebnis gefällt auch mir nicht, lässt sich im Moment aber nicht ändern. Ich darf daran erinnern, dass alle Fraktionen im Stadtrat den von mir vorgeschlagenen Weg mitgetragen haben. Völlig unabhängig davon überlegen wir verwaltungsintern, ob und wie eine größere Sporthalle in Osnabrück realisiert werden kann, da ein Bedarf unumstritten ist.

nich abschließende
dsätzliche
hen: Ihre
erwecken
sei ich als
rmeister quasi al-
leinverantwortlich und hätte die alleinige Entscheidungsgewalt. Dabei leben wir in einer sehr lebendigen Demokratie, in der der demokratisch legitimierte Rat unserer Stadt das letzte Wort hat und die entsprechenden Entscheidungen trifft. Und hier bin ich nur einer von 51 Ratsmitgliedern. Ich bin auch nicht von einer Partei gewählt, sondern von einer großen Mehrheit der Osnabrücker Bürgerinnen und Bürger, und nur diesen – und nicht einer Partei – fühle ich mich als direkt gewählter Oberbürgermeister verantwortlich. Und dieser Verantwortung stelle ich mich täglich gern mit viel Leidenschaft – und dies umso mehr, als dass wir in den vergangenen Jahren unter schwierigen Rahmenbedingungen die Stadt gemeinsam erfolgreich weiterentwickelt haben.

Fotos: MichaelHehmann, Gert Westdörp, AP

Mittiger geht es kaum

Ein wenig kurios mutet das schon an: Alle vier Herausforderer aus den Bundestagsparteien ragen in ihren Ämtern heraus. Nur der Wahlkreisinhaber von Osnabrück-Stadt, Martin Schwanholz (SPD), ist wenig bekannt. Im Bundestag, wo der Europapolitiker seit sieben Jahren sitzt, ist er kaum bei Reden im Plenum zu hören. In Osnabrück, berichten Kommunalpolitiker, sei er umgänglich, aber auch dort wenig präsent außer in seiner Parteibasis, um die er sich rege kümmert. Das hat offenbar auch die SPD bemerkt – auf der Landesliste rutschte Schwanholz um sieben Listenplätze nach hinten. Seine Wiederwahl als Direktkandidat ist ungewiss, obwohl sein CDU-Gegenkandidat Mathias Middelberg nach innen respektiert, breit erfahren und einflussreich ist, nach außen aber ebenso wenig sichtbar. Als Leiter der Wirtschaftspolitik in der hannoverschen Staatskanzlei ist der Wirtschaftsjurist, der Erfahrungen in



Martin Schwanholz

mehreren Unternehmen vorweisen kann, Hauptkoordinator im Hintergrund der für Niedersachsen ungemein wichtigen Einigung um Volkswagen und Porsche. Dabei half ihm seine enge Bindung zum niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff, den er seit den Zeiten der Schülerunion kennt.

Bei der letzten Bundestagswahl unterlag Middelberg Schwanholz nur knapp mit 3,7 Prozent Abstand. Der Wahltrend deutet nun auf eine CDU-Mehrheit im Wahlkreis, der nie ein Erbhof einer der beiden großen Parteien war. Einen Rückschlag könnte ihm indes der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag und deren Spitzenkandidat in Niedersachsen, der Rechtsanwalt Carl-Ludwig Thiele, bringen: Weit entschlossener als andere FDP-Kandidaten wirbt Thiele, seit 1990 Bundestagsabgeordneter, um Erststimmen. Der Finanzpolitiker hofft offenbar, mit einem persönlichen Erfolg seine Chancen auf ein Amt als Parlamentarischer Staatssekretär zu festigen. Aber auch Schwanholz hat zwei veritable Rivalen auf dem linken Flügel, die Erststimmen abziehen könnten. Die Kandidatin der Linkspartei Maren Kaminski ist zwar eher in Hannover als in Osnabrück verwurzelt, als Sprecherin der Landespartei genießt sie aber Respekt und eine gewisse Aufmerksamkeit. Und die grüne Wahlkreisbewerberin Dorothea Steiner ist die rührige Landesvorsitzende der Grünen in Niedersachsen.



Fast alle Bewerber stellen sich als „mittig“ dar; das gilt auch für den jetzigen und den vorigen Bürgermeister Osnabrücks, die als einzige „sichtbare“ SPD-Politiker der Stadt gelten. Im Rat der Stadt wird mit wechselnden Mehrheiten entschieden – so wie einst die Herrscher der Region abwechselnd katholische und protestantische Fürstbischöfe waren. Das entspricht dem Gefühl im Wahlkreis, der von Mittelstand und Harmoniebedürfnis geprägt ist. Sichtbar wird das in der ungewöhnlichen Geschichte der Stadt des Westfälischen Friedens als Hort der Ökumene. Je ein Drittel der Bewohner sind Protestanten und Katholiken, die Konfession spielt aber bei Wahlen eine deutlich geringere Rolle als früher. Wichtig ist vor allem der Einsatz für den Mittelstand – dort hat Middelberg als Mittelstandsbeauftragter der Landesregierung einen Vorteil.

Wirtschaftlich ist Osnabrück, nach Hannover und Braunschweig größte Stadt des Landes, solider aufgestellt als andere Großstädte. Selbst der Abzug der letzten britischen Truppen im Frühjahr dieses Jahres – in den Siebzigern die größte Garnison außerhalb Großbritanniens – erschütterte das Gefüge wenig. Einziges wirkliches und gefühltes Problem ist die weitgehende Schließung des Autowerkes Karmann. Dort haben sich Schwanholz wie Middelberg für Auffanglösungen eingesetzt.



Mathias Middelberg

Verwaltung fehlt ebenso wie Großindustrie – stattdessen sind Handel und Logistik große Arbeitgeber. Eine Ausnahme ist der Stahlhersteller

Georgsmarienhütte mit seiner Schwerindustrie in einer der fünf Randgemeinden, die in den Wahlkreis 39 einbezogen sind. Er trägt von der kommenden Bundestagswahl an die Nummer 40. Die anderen vier Ortschaften Hasbergen, Wallehorst, Belm und Hagen wurden von Agrargemeinden zu Pendlerorten im Teutoburger Wald. Die Bewohner des Oberzentrums für das südwestliche Niedersachsen und Teile des angrenzenden Westfalens wählen so, wie sie sind: unangeregt, bedächtig, aber auch listig.

ROBERT VON LUCIUS

FAZ

vom: 18. 8. 09

Ausschnitt erhält:

- OB
- Ratsfraktionen
- Dez. 1, 2, 3
- FB

Frankfurter
AEEgemeine
Zeitung

Stadtwerke sollen Straßen beleuchten

Fachleute prüfen drei Modelle

hin OSNABRÜCK. Die Stadt ist auf dem Weg, die Straßenbeleuchtung an die Stadtwerke zu verkaufen. Ein Beratungsbüro prüft mögliche Modelle.

Ein Antrag der FDP in der Juni-Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses hatte den Anstoß gegeben. Ziel ist es, die Stadtkasse finanziell zu entlasten und unvermeidliche Investitionen kostengünstig und effektiv umzusetzen. Nach Angaben der Finanzverwaltung hat es im ersten Quartal dieses Jahres bereits Gespräche mit den Stadtwerken gegeben. Das Versorgungsunternehmen schaltete danach die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft PriceWaterhouseCoopers (PwC) ein. Es sind mehrere Gestaltungsmodelle erarbeitet worden, von denen drei auf ihre Vor- und Nachteile näher geprüft werden, teilte Finanzchef Horst Baier dem Finanzausschuss mit.

Die Stadt wird aufgrund der Vorgaben der EU in den nächsten Jahren viel Geld in die Straßenbeleuchtung investieren müssen. Die Quecksilberdampflampen müssen gegen energieeffizientere Leuchtkörper ausgetauscht werden. Zugleich muss sich die Stadt auf die

neue, erheblich teurere LED-Technik einstellen. Zugleich soll nach dem Masterplan Beleuchtung geprüft werden, ob die Zahl der Leuchten reduziert werden kann, ohne die Beleuchtungsqualität zu senken.

Ein Verkauf an die Stadtwerke hätte nach Meinung der FDP für beide Seiten Vorteile. Die Stadt würde finanziell entlastet. Die Stadtwerke hätten einen Stromkunden langfristig gebunden, erspare sich die Stromsteuer und könne die Abschreibung steuerlich geltend machen. Die Stadt müsste nicht zwingend alle Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand geben. Ein Vertrag müsste so gestaltet sein, dass sie weiter über Gestalt, Dauer oder Position der Beleuchtung entscheiden könne.

Alle Fraktionen sind für eine Prüfung. Unklar ist, ob dem Verkauf eine europaweite Ausschreibung vorgeschaltet werden muss. Michael Hagedorn (Grüne) warnte davon, die Straßenbeleuchtung „irgendeinem unbekanntem Unternehmen“ in die Hand zu geben. Fritz Brickwedde (CDU) wies auf Förderprogramme des Landes hin, die der Stadt unter Umständen helfen könnten.

Keiner will die Mauer an der Synagoge

SSCHNITTDIENST -

Ausschuss will Fußweg an der Barlage sperren

hin OSNABRÜCK. Das letzte Wort über die Zukunft des Fußweges an der Synagoge ist noch nicht gesprochen. Aber alles deutet auf eine Schließung aus Sicherheitsgründen hin. Anwohner ärgert das. Sie werden Umwege in Kauf nehmen müssen. Das wirkliche Problem liegt aber sehr viel tiefer.

Nur vordergründig geht es um den kürzesten Weg zwischen der Ernst-Sievers-Straße und dem Wohngebiet in der Barlage und eine 2,60 Meter hohe Schutzmauer. Im Hintergrund steht eine hochpolitische und gesellschaftliche Frage: Können jüdische Gemeinden in Deutschland 64 Jahre nach dem Krieg ihre Gottesdienste nur hinter hohen Mauern feiern, weil sie Angst vor Anschlägen haben müssen?

Volker Bajus (Grüne) brachte in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses die Not der Feierabendpolitiker zum Ausdruck: „Ich fühle mich als ehrenamtlicher Politiker damit überfordert.“ Über die Sicherheitsanforderungen müsse auf Landes- oder Bundesebene diskutiert und entschieden werden. Entschieden wurde im Stadtentwicklungsausschuss noch nichts. Die SPD

hat noch Beratungsbedarf, sodass der Rat in seiner Septembersitzung das Dilemma lösen muss.

Die jüdische Gemeinde baut in der Barlage ein neues Gemeindezentrum. Das Landeskriminalamt hat die Sicherheitsbedingungen untersucht und empfohlen, den direkt an das Synagogen-Gelände angrenzenden Fußweg zu sperren. Zu groß sei die Gefahr, dass politisch motivierte Kriminelle von dort Anschläge auf das jüdische Gotteshaus verüben. Bleibe der Weg erhalten, müsse eine mindestens 2,60 Meter hohe Mauer errichtet werden.

„Das ist nicht wirklich eine Alternative“, sagte Katharina Schlattner (CDU). Keiner wolle ein solch monströses Bauwerk. Auch sie äußerte ihr Unbehagen: „Ich kann nicht beurteilen, ob diese Sicherheitsvorkehrungen nötig sind. Aber wenn wir Nein sagen, und hinterher passiert was, stehen wir am Pranger.“

Es ist nicht die jüdische Gemeinde, die auf Schließung des Weges drängt. Es sind die Fachleute vom Landeskriminalamt, die diese Empfehlung gegeben haben. „Gibt es einen Automatismus?“, fragte Frank Henning: Werde die jüdische Gemeinde wirklich eine 2,60

Meter hohe Mauer bauen lassen, wenn der Weg offen bleibe? Franz Schürings, Fachbereichsleiter Städtebau, hält es für „sehr wahrscheinlich“. Er könne sich nicht vorstellen, dass sich die Gemeinde über den Rat der Sicherheitsexperten hinwegsetze.

Die Ausschussvorsitzende Anette Meyer zu Strohen (CDU) fand es „nicht einleuchtend“, dass zur Straße in der Barlage eine 1,60 Meter hohe Mauer zum Schutz genügen solle, am Fußweg aber eine Wand von 2,60 Meter benötigt würde. Den Grund erklärte Franz Schürings: Die Mauer an der Straße verhindert, dass Attentäter mit einem Auto auf das Gelände durchstoßen können. Vom Fußweg aus könnten Gegenstände auf das sehr nahe Gotteshaus geworfen werden. Deshalb hier 2,60 Meter.

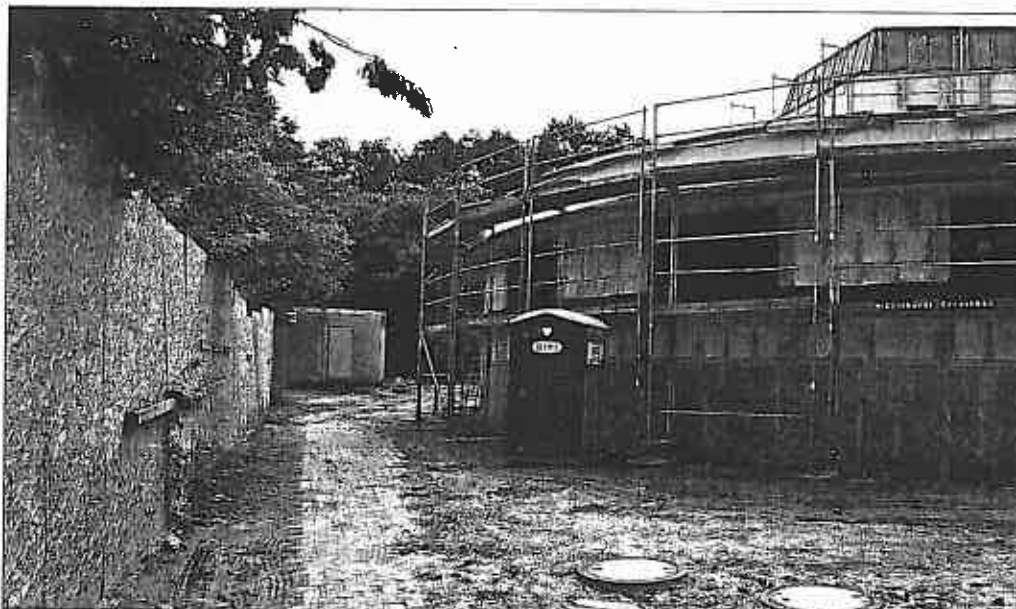
169 Anwohner haben sich mit ihren Unterschriften für den Erhalt des Fußweges eingesetzt. Sie argumentieren auch mit der „sozialen Kontrolle“. Ein belebter Weg sei ein guter Schutz, weil potenzielle Attentäter ihn aus Furcht vor Entdeckung eher meiden würden. Die Entscheidung trifft der Stadtrat in seiner Sitzung am 1. September.

vom:

Ausschnitt erhält:

- OB
- Ratsfraktionen
- Dez. 1, 2, 3
- FB

102,
228.09



Bleibt dieser Fußweg erhalten? Oder müsste eine hohe Mauer entstehen, um die Synagoge zu schützen? Diese Frage hat jetzt der Rat zu entscheiden.

Foto: Klaus Lindemann

Ausschnitt aus:

102

vom: 22.8.09

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Dez. 1, 2, 3 FB

SPD und Grüne: Stadtbahn nicht ausbremsen

Flächen auf dem Neumarkt für moderne Systeme frei halten

hin **OSNABRÜCK**. SPD und Grüne wollen die Möglichkeit wahren, eine Stadtbahn oder ein „alternatives Verkehrssystem“ über den Neumarkt zu führen. Sie setzen mit ihrer Mehrheit im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt durch, das in der jüngsten Verkehrsuntersuchung das klare Nein zur Stadtbahn abgeschwächt wird.

Das Büro Gevers, Humberg & Partner hatte im März die Ergebnisse einer Verkehrsuntersuchung zum Neumarkt vorgelegt. Im Kern ging es um die Fragen: Genügen drei Spuren für den Autoverkehr? Funktioniert der Busbahnhof, wenn er vor dem ehemaligen Wöhrl-Komplex konzentriert wird. In beiden Punkten sagen die Gutachter: Es würde

funktionieren. Eine Stadtbahn über den Neumarkt zu führen halten sie aber aus technischen und finanziellen Gründen für unmöglich.

SPD und Grüne wollen nicht, dass mit dieser Untersuchung alle Visionen über „alternative Verkehrssysteme“ wie eine Stadtbahn beendet werden. Diese Fragen müssten in der Generaldebatte über den Nahverkehrsplan diskutiert werden, forderte Volker Bajus (Grüne). Der Ausschuss stimmte dem mit der Mehrheit von SPD und Grünen zu. „Alternative Verkehrssysteme“, so Bajus, „das sind nicht bunte Bullis aus den Siebzigerjahren.“ Viele Städte experimentierten schon heute mit bequemen und umweltschonenden

Bahnen. Bajus: „Die technische Entwicklung hört ja nicht auf.“

Ähnlich äußerte sich Horst Simon, hinzugewähltes Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss. Er forderte, die Flächen auf dem Neumarkt frei zu halten, um Raum für die Installation moderner Verkehrsträger zu behalten. „Ich will da ja kein Rumpelzeug fahren lassen“, so Simon.

Katharina Schlattner (CDU) stimmt grundsätzlich zu, den möglichen Einsatz neuer Verkehrssysteme im Auge zu behalten. Eine Stadtbahn auf dem Neumarkt werde es aber nicht geben. Das gehe eindeutig aus der Verkehrsuntersuchung hervor.

Ausschnitt aus:

1102

vom: 24.8.07

Ausschnitt erhält:

 OB Ratsfraktionen Dez. 1, 2, 3 FB

Rosenplatz: Wer soll den Rat beraten?

Die neue Lenkungsrunde

hin OSNABRÜCK. Ein Beirat soll in Zukunft bei der Sanierung des Rosenplatz-Quartiers mitreden. Über die Besetzung des Beratungsgremiums gehen die Meinungen in der Politik weit auseinander.

Es geht um viel Geld - um Millionen, die im Laufe der Jahre aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ in das Viertel rund um den Rosenplatz investiert werden. Die Entscheidungen über die Verwendung der Mittel trifft der Rat. Eine etwa 20-köpfige Lenkungsrunde, bestehend aus Politikern, Fachleuten, Verwaltungsmitarbeitern und Stadtteil-Initiativen, berät den Rat und bereitet die Entscheidungen vor. Die Lenkungsrunde soll durch einen nach festen Regeln arbeitenden Beirat ersetzt werden. Das will der Gesetzgeber so. Stimmberechtigte Mitglieder des Beirates sollen nach Vorstellungen der Verwaltung je ein Vertreter der im Rat vertretenden Fraktionen, die Vorstände der jeweiligen Fachverwaltungen Bauen und Soziales, ein Vertreter des Stadtteilforums und einer der Sozialträgerkonferenz sein.

Darüber hinaus können Parteien, Dienststellen oder

Verbände Vertreter entsenden, die aber nicht stimmberechtigt sind. Der Beirat soll grundsätzlich nicht öffentlich tagen.

Vor allem der Ausschluss der Öffentlichkeit missfällt der SPD. „Wir machen einen dicken Fehler“, warnte SPD-Fraktionschef Ulrich Hus in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses. Die Bürgerbeteiligung sei immer ein zentrales Element der sozialen Stadterneuerung gewesen. „Wir können die Menschen nicht aktivieren, wenn die Öffentlichkeit ausgesperrt wird“, sagte Hus. Er forderte darüber hinaus, die Runde zu vergrößern, um mehr Beteiligten, Betroffenen, Fachleuten und Politikern eine Mitsprache zu ermöglichen.

Katharina Schlattner (CDU) sagte, die CDU könnte mit öffentlichen Sitzungen des Beirates leben. Eine Vergrößerung lehnte sie aber ab. Der Beirat müsse arbeitsfähig bleiben. Die heutige Lenkungsrunde sei mit 20 Mitgliedern schon zu groß, um effektiv zu arbeiten.

Eine Entscheidung traf der Stadtentwicklungsausschuss nicht. Er reichte die Geschäftsordnung für den Beirat ohne Empfehlung an der Rat weiter.

Neue Osnabrücker Zeitung vom 26.8.2009

CDU gedenkt Matthias Erzberger

OSNABRÜCK. Heute vor **88 Jahren** wurde der **Zentrumspolitikers** Matthias Erzberger **durch** politische Extremisten ermordet. **Aus** diesem Anlass veranstaltet die **CDU** um **15 Uhr** eine Kundgebung vor dem **Rathenau-Ebert-Erzberger-Denkmal** am **Herrenteichswall**. Das **1928** errichtete Denkmal war von den **Nationalsozialisten** zerstört und auf Initiative der **CDU** **1983** wiedererrichtet worden. Es sprechen **Bürgermeister Burkhard Jasper**, **CDU-Fraktionschef Fritz Brickwedde** und der **Bundestagskandidat Dr. Matthias Middelberg**.

OU am Mittwoch vom 26.8.2009

Kranzniederlegung der CDU

Osnabrück (eb) – Die **CDU** gedenkt am **Mittwoch (26. 8., 15 Uhr)** mit einer **Kranzniederlegung** am **Denkmal „Rathenau – Ebert – Erzberger“** (Herrenteichswall) der **Ermordung** des demokratischen **Zentrumspolitikers Matthias Erzberger** durch **politische Extremisten** vor **88 Jahren**. Das in der **Weimarer Republik 1928** errichtete Denkmal war von den **Nationalsozialisten** zerstört und auf Initiative der **CDU** **1983** wiedererrichtet worden. Es sprechen **Bürgermeister Burkhard Jasper**, **Dr. E.h. Fritz Brickwedde** sowie **Dr. Matthias Middelberg**.

CDU gedachte Erzberger



Der Ermordung von Matthias Erzberger gedachte gestern **die Osnabrücker CDU**. Am **Rathenau-Ebert-Erzberger-Mahnmal** legten Bürgermeister **Burkhard Jasper**, Fraktionschef **Fritz Brickwedde** und Bundestagskandidat **Mathias Middelberg** einen Kranz nieder. Der Zentrumspolitiker Erzberger wurde zu **Beginn der Weimarer Republik** zur Zielscheibe **rechts-extremistischer Verleumdung**, weil er 1918 **den Waffenstillstand zur Beendigung des 1. Weltkrieges unterzeichnet hatte**. **1921 wurde er von Freikorpskämpfern erschossen**. **Brickwedde**, der 1983 die **Wiederaufstellung des Mahnmals** initiiert hatte, **porträtierte** Erzberger als „**christdemokratischen Politiker**“ und **appellierte an SPD und Liberale**, auch ihrer Vorläufer künftig zu gedenken. Text: steb/Foto: **Martens**